

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Als Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unser Zirkelband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Salva-Kaufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Dreite Straße 8-9.

Die achtspaltige Nonpareil-Spaltweite oder deren Raum kostet 5,- M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das setzgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kaufende Anzeigen laut Tarife Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche, in Wort-Anzeigen: das setzgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516 4803, 4635, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rede-Duelle im Reichstage

Eine stürmische Sitzung

Nachdem am Schlusse der gestrigen langen Reichstags-Sitzung der Reichsfinanzminister Lehmann in pastoralem Ton dem Reichstag nochmals die guten Absichten der Regierung, mit denen sie zu den Verhandlungen nach Spaa gehe, erklärt hatte, wurde in namentlicher Abstimmung der Antrag der Koalitionsparteien, der von den Erklärungen der Reichsregierung Kenntnis nimmt, mit großer Mehrheit angenommen. Die Rechtssozialisten stimmten mit den Regierungsparteien für die Erklärung, die Unabhängigen dagegen, während die Deutschnationalen sich der Stimme enthielten. Kurz vorher war das Misstrauensvotum der Unabhängigen mit 313 gegen 64 Stimmen abgelehnt worden. Klara Zetkin und Paul Levi stimmten ebenfalls für das Misstrauensvotum, damit die rein agitatorische Haltung der „Roten Fahne“ desavouierend, die gestern dem Antrage der Unabhängigen den Vorwurf machte, er öffne den Scheidemännern den Rückzug zum Bürgertum. Ob sich die Wut des Blattes nun auch gegen die eigenen Parteigenossen richten wird, die im Parlament eine so andere Haltung einnehmen, als ihre Genossen außerhalb, können wir ruhig abwarten.

Eingeleitet wurde die Sitzung mit einer Rede des Reichsernährungsministers, die die kritischen Darlegungen vollkommen bestätigte, die wir in der gestrigen Morgenausgabe machten. Herr Herms leuchtete nur die Note der Landwirtschaft. Er ist immer noch in dem Wahn befangen, daß eine Politik der fortgesetzten Preiserhöhungen die Ernährung des deutschen Volkes von der ausländischen Einfuhr unabhängig gestalten werde. Mit Eifer verteidigte er deshalb die Frühbrudsprämien und stellte die weiteren Preiserhöhungen in Aussicht.

Nach ihm kam Helfferich zu Wort. Die Zwischenrufe unserer Genossen setzten gleich bei den ersten Sätzen seiner Rede kräftig ein und steigerten sich in dem Maße, als die Verlegenheit Helfferichs zunahm. Trotz der sorgfältig ausgearbeiteten Rede war Helfferich unsicher und befangen, gleichsam als ob ihm das böse Gewissen ob seiner Vergangenheit mahnen würde. Und wenn auch Helfferich den kräftig dazwischengeschleuderten Zwischenruf „Der Angellappte hat das Wort“ mit der faden Gegenfrage beantwortete: „Sind Sie der Staatsanwalt?“ so konnte er doch nicht verhindern, daß er während der ganzen Sitzung auch äußerlich als der Angellappte dastand. Allmählich seine Befangenheit verlierend, suchte er seine Politik in ausführlichen Darlegungen zu rechtfertigen. Aber die kräftigen Bemerkungen unserer Genossen, die dauernd „sagfertig“ eingriffen, beraubten ihn nicht nur eines großen Teils der Wirkung seiner Darlegungen, sondern auch fast völlig des Beifalls seiner eigenen Freunde, die der Aktivität unserer Genossen meistens nur schweigende Verlegenheit entgegenzusehen vermochten. Die Auseinandersetzung, die im einzelnen sicherlich vollkommen unfruchtbar geblieben ist, hatte im großen aber doch das eine Gute, daß sie gezeigt hat, daß selbst einem so robusten Menschen wie Helfferich, der während des Krieges alles auf eine Karte setzte, jetzt die Aufgabe sehr schwer fällt, seine damaligen Taten zu verteidigen.

Natürlich unterließ es Helfferich nicht, nach Ge- auch darauf hinzuweisen, daß die Parteien des Reichstages, die sich heute in stärkster Gegnerschaft zu ihm befanden, ihn in seiner Kriegspolitik unterstützt haben. Die Demokraten, die mit ihm einig waren in der Verneinung der Bestrafung während des Krieges, die Rechtssozialisten, die ihn durch ihre Anbetung des Burgfriedens unterstützen, sie sahen deshalb mehr oder weniger schweigend dieser Auseinandersetzung zu und überließen die scharfe, zwar nur durch Zwischenrufe zu äußernde, Gegenwehr gegen die Helfferichschen Darlegungen den Vertretern der einzigen Partei, die ein Recht dazu hat, mit diesen Kriegsanatistern abzurechnen, der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Unmittelbar nach Helfferich erhob sich der Reichsfinanzminister Wirth zu einer kräftigen Abwehr der Vorwürfe, die Helfferich ihm gemacht hatte. Witzigheit der Reden begleitete seine Feststellungen, die in prägnanter Kürze und Schärfe den Rechtssozialisten unangenehme Wahrheiten sagten. Wirth erklärte, er sei entsetzt, daß 24 Stunden vor der Abreise der deutschen Delegation nach Spaa ein Mann wie Helfferich es wage, eine solche Rede im Reichstag zu halten, und die Position der deutschen Unterhändler so erheblich gefährde. Aber die Tatsache, daß einer der deutschnationalen Redner ihnen die geballte Faust entgegengehalten habe, zeige ja, daß die Leidenschaft auf jener Seite jede ruhige Überlegung und Vernunft ausschalten. Wenn man auf Helfferichs Politik aufbauen wolle, die die Brandfackel der Zwietracht in das Land hineintrage, dann wären wir am Ende unseres Könnens.

In vorgerückter Stunde kam dann Klara Zetkin zu Wort. Mit großer Spannung wurde ihrem ersten Auftreten im Reichstage entgegengesehen, und eine dichtgedrängte Zuhörerschaft umstand die Rednertribüne, von der sie, so frisch, wie man das von ihr, trotz ihres Alters, gemöhnt ist, ihre Rede hielt. Trotzdem hatte man den Eindruck, als wenn ihre Rede manchen enttäuscht hätte. Denn von dieser Vorkämpferin der kommunistischen Bewegung hatten die Bürgerlichen eine scharfe grundsätzliche Kampfansage gegen das bürgerliche Parlament erwartet und die Rechtssozialisten glaubten, sich schon vorher hämisch über die Auseinandersetzung freuen zu dürfen, die damit zwischen den Kommunisten und Unabhängigen im Reichstage beginnen würde. Aber beide wurden enttäuscht. Ausdrücklich erklärte Klara Zetkin, daß die Kommunisten selbst darüber bestimmen würden, wann, wo und wie sie sich mit der Unabhängigen Partei auseinandersetzen würden und die Frage der Stellung zum Parlamentarismus ließ sie unberührt. Ihre vom marxistischen Geist getragene scharfe Kritik an den Einrichtungen des kapitalistischen Klassenstaates begann mit einer Solidaritätserklärung an die internationale Arbeiterbewegung, um dann die auswärtige Politik unter dem Gesichtspunkt der proletarischen Interessen zu durchleuchten und für die innere Politik die Ansprüche der Arbeiterklasse anzumelden. So scharf und grundsätzlich auch alle diese Forderungen formuliert waren, sie gingen in ihrem Wesen nicht über das hinaus, was die Unabhängige Sozialdemokratie seit jeher vertreten hat, bestätigten vielmehr die Richtigkeit der Haltung der Unabhängigen Partei, die stets neben der Schürung des revolutionären Willens der Arbeiterklasse nie unterlassen hat, ihre Augenblicksforderungen mit allem Nachdruck zu vertreten. Mit Recht kann man deshalb aus dieser Rede die Folgerung ziehen, daß die Gegensätze zwischen denjenigen Kommunisten, die durch die Schule des wissenschaftlichen Marxismus gegangen sind und an seinen Erkenntnissen auch heute noch festhaltend, sowie der Unabhängigen Sozialdemokratie durchaus nicht die gehässige Auseinandersetzung rechtfertigen, die von den Organen der Kommunisten Tag für Tag betrieben wird.

Die große politische Aussprache im Reichstage hat nach dreitägiger Dauer gestern ihr Ende erreicht, ohne daß der ungewisse Zustand, der durch die Regierung der Minderheit und durch die bevorstehende Konferenz in Spaa geschaffen ist, irgend eine Klärung gebracht hätte. Aber es wäre falsch, daraus die Folgerung zu ziehen, daß irgend etwas von den römischen Worten richtig wäre, die da meinen, in der Not des deutschen Volkes könne es nur ein Beieinanderstehen der verschiedenen Schichten geben. Im Gegenteil, auch diese Debatte hat die grundsätzlichen Gegensätze zwischen den einzelnen Klassen der Gesellschaft gezeigt. Und wenn auch die Rechtssozialisten sich bemühen, den Gegensätzen die Schärfe zu nehmen, so stellt doch die starke Unabhängige Fraktion auf der Wacht, um in den Auseinandersetzungen zwischen den Klassen ein treuer Hüter der Interessen des Proletariats zu sein.

Der französische Standpunkt

Der Leitartikel des „Temps“ vom Donnerstag über Spaa setzt noch einmal den französischen Standpunkt auseinander und betont, alle Revisionsvorschläge müßten beiseite geschoben werden. Jeder, der freiwillig oder unfreiwillig die deutsche Regierung ermurige, detaillierte Absichten zu verfolgen, würde nur irreführende und fruchtlose Verhandlungen hervorufen, die die Konferenz von Spaa zum Scheitern bringen würden. Weiter sagt das Blatt, man müsse sich erinnern, daß Müller erklärt habe, bevor er zu einer Zusammenkunft mit den Deutschen seine Zustimmung gegeben habe, daß man sich auch über die Zwangsmaßnahmen einigen müsse, die man eventuell zur Anwendung bringen wolle. Das hatien die assoziierten Regierungen in ihrer Erklärung, von San Remo angeklandigt.

Der „Temps“ hofft zum Schluß, daß keine Meinungsverschiedenheit von der Aufgabe in Spaa abdrängen werde. Man dürfe sich indessen nicht verhehlen, daß sich die Lage in Osteuropa verschlechtert. Die Bolschewisten, die so viele Bemühungen und bewachte Helfer gefunden hatien, drängten die polnischen Armeen zurück und näherten sich den deutschen Grenzen. Diese Ereignisse könnten viele Geister in Deutschland beunruhigen. Die Anhänger des alten Regimes könnten die Gelegenheit benutzen, um den preussischen Militarismus wieder aufleben zu lassen unter dem Vorwand eines Schutzwalls gegen den Bolschewismus. Die linksradikalen Parteien könnten die Gelegenheit benutzen, um die Revolution in Deutschland nach russischem Muster zu machen. Reichsfinanzminister Lehmann habe zweifelsohne genug guten Sinn, um zu begreifen, daß die beiden Operationen, die der Reaktionen und die der Revolutionären, seinem Lande verhängnisvoll werden könnten. Er werde überzeugt davon sein, daß die deutsche Regierung in keiner Form auf die Gefahr spekulieren könne, die von Moskau komme.

Das letzte Mittel

Wenn die Kunst der reaktionären nationalistischen Presse im Verschleiern der Tatsachen und im Belugeln des Volkes am Ende ist, wenn die Wacht der geschichtlichen Tatsachen ihr Lugengewebe zerreiht, dann bleibt ihr letztes Mittel der Schrei über den „Verrat“. Dann überschüttet sie alle, die den Mut gehabt haben, sich zur Wahrheit zu bekennen, mit den schwersten Verleumdungen des „Landes- und Hochverrats“.

Die Feststellungen von großen Waffensmengen in Ostpreußen, die große Explosionskatastrophe bei Königsberg, die eine Folge der in ungeheuren Mengen aufgestapelten Munitionsmengen war, die Feststellungen der Entente-Missionen über geheime Waffen- und Munitionsproduktion und -aufbewahrung bei Krupp, Siemens und an anderen Werken, haben das militaristische Treiben der reaktionär-kunfsternden Alldutschen so deutlich enthüllt, daß alles Leugnen vergeblich ist. Die von uns verpofflichten Dokumente über die Inzenerierung eines neuen antibolschewistischen Heerfeldzuges, die Feststellung über das Treiben der Spindel bei den Lebensmittellieferungen, haben allzu deutlich bewiesen, daß die militärischen Kreise bestrebt sind, zwecks Erhaltung ihrer 200.000-Mann-Armee kunflich politische Unruhen in Deutschland zu schaffen. Diese jetzt offen zutage liegenden Schlechwege will man nun wieder verdecken und schreit deshalb denen, die das Treiben auf diesen Schlechwegen beleuchten wollen, „Hochverrat“ und „Landesverrat“ entgegen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat am 1. Juli einen ganzen Leitartikel dieser Aufgabe gewidmet. Sie behauptet, daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ein Bureau in der Schweiz unterhalte, das dazu bestimmt ist, der Entente — insbesondere Frankreich — Material über die etwa bestehenden deutschen Einwohnerwehren, Zeilfreiwilligenformationen und sonstigen Dinge zu liefern. Die „Deutsche Tageszeitung“ glaubt daraus, daß wir bisher diese hiraxistische Verleumdung unbeachtet gelassen haben, den Beweis ihrer Richtigkeit schlessen zu können. Wir hatien viel zu tun, wenn wir alle Lügen der Deutschnationalen dementieren wollten. Dieser Artikel aber scheint ein Signal zum Beginn einer neuen nationalistischen Hege gegen unsere Partei zu sein.

In dieser Beziehung möchten wir der „Deutschen Tageszeitung“ zunächst in aller Deutlichkeit sagen, daß wir es nicht notwendig haben, nach den berühmten Mustern der Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums auswärtigen Korrespondenten solche Nachrichten zu ubernitteln, für die, wenn sie ans Tageslicht kommen, dann nicht die geringsten Beweismaterialien erbracht werden können. Wir haben diese Schliche der der „Deutschen Tageszeitung“ nahestehenden militärischen Kreise deshalb nicht notwendig, weil die Wahrheit und die Tatsachen in Deutschland so offen zutage liegen, daß jeder, der nicht als Lesef der „Deutschen Tageszeitung“ bereits völlig der politischen Verblendung verfallen ist, sie sehen kann, wenn er sie sehen will. Da die Ententemissionen hierhergeschickt sind, um zu sehen, so kann ihnen selbstverständlich das Treiben der militaristischen Reaktionarier nicht verborgen bleiben, auch wenn es noch so geheimnisvoll maskiert ist. Wir haben es deshalb nicht nötig, der Entente Dinge zu erzählen, die sie hundertmal besser weiß, als wir sie wissen. Es wird ja auch der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ kein Geheimnis sein, daß nur allzu oft deutsche Journalisten ihren ausländischen Kollegen gegenüber in höchst peinlicher Situation sind, wenn diese ihnen neues Material über militärische Verlegungen des Friedensvertrages vorlegen können. Das Gedächtnis der „Deutschen Tageszeitung“ wird ja nicht so kurz sein, daß sie sich nicht des Falles erinnerte, in dem durch ausländische Korrespondenten die deutsche Presse erst von den geheimnisvollen Geschuhtransporten in Stettin erfuhr.

Wir haben es weiter nicht nötig, der Entente auf irgendwelchen geheimnisvollen Wegen Informationen zugehen zu lassen, weil wir den Mut haben, in aller Deutlichkeit für die strikte Durchführung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages einzutreten zum Wohle unseres Volkes und zum Heil der ganzen Welt, die endlich einmal Ruhe haben muß vor den unsinnigen, militaristischen Treibereien der der „Deutschen Tageszeitung“ nahestehenden Politiker.

Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet weiter, daß man in unabhängigen Kreisen spätestens am 19. Juni genau gewußt hat, daß in einem kommenden Kampf um die Ruherrschschaft mit der Sicherheitswehr als Gegner nicht mehr gerechnet zu werden brauche. Das sei bereits vor der Abfendung der drei Entwaffnungsnoten gewesen. Die „Deutsche Tageszeitung“ verrät ihren Lesern leider nicht, woher sie diese geheimnisvolle Weisheit genommen hat. Sie konstruiert sich nach Belieben unabhängige Kreise, findet die dümmsten und lachlichsten Behauptungen und verlangt dann, daß die unabhängige Presse sich mit diesem Bloffstern ernsthaft abgibt. Wir müßten eine besondere Zeitung herausgeben, um auf all die Wahnideen der „Deutschen Tageszeitung“ antworten zu können. Da wir aber nicht wie die reaktionären Parteien in der Lage sind, mit den aus Kriegsgewinnen stammenden Mitteln und

mit kapitalistischen Profiten allein in der Reichshauptstadt uns 8 bis 10 Zeitungen mit je 1000 bis 1200 Abonnenten zu halten, so wird die „Deutsche Tageszeitung“ sich dabei beruhigen müssen, daß wir ihre sommerlichen Hirngespinnste nicht allzu ernst nehmen und ignorieren.

Wenn aber die „Deutsche Tageszeitung“ uns weiter andichten möchte, daß wir gefordert hätten, daß die zentralisierte Sicherheitspolizei in Ortspolizeien mit völliger Dezentralisation aufgelöst werde, so müssen wir leider auch dieses Verdienst zurückweisen. Die Forderung nach einer Dezentralisation der Sicherheitspolizei stammt aus den Kreisen der preussischen Zivilverwaltung. Die Bürgermeister der großen Städte sowohl wie die Landräte, aber auch die Regierungs- und Oberpräsidenten haben mehrfach darauf hingewiesen, daß die Gefahr einer doppelten Verwaltung durch die Zentralisation der Sicherheitspolizei entsteht und daß es dringend notwendig ist, die Sicherheitspolizei den zivilen Ortsbehörden zu unterstellen, da nur auf diese Weise die Gefahr innerer Verwaltungsinstabilität und widersprechender Verwaltungsmassnahmen verhindert werden könne. Die „Deutsche Tageszeitung“ muß sich also mit ihrer Beschuldigung, daß die Forderung nach Auflösung der Sicherheitspolizei von uns der Entente suggeriert worden sei, an die preussischen Bürgermeister, Landräte und Regierungsräte wenden. Wir brauchen unser Papier und unsere Zeit für wichtigere Zwecke, als um jedes Hundstagshirngespinnst der „Deutschen Tageszeitung“ mehr oder minder sanft totzuschlagen.

Die Unabhängige Reichstagsfraktion

Auf Wunsch veröffentlicht wir nachstehend die endgültige Zusammenfassung der unabhängigen Reichstagsfraktion: Adersdorf, Frau Agnes, Albrecht (Magdeburg), Barg (Dannover), Beckmann, Bethke, B. Brandes, Braß, Dr. Breitscheid, Breunig, Bruchardt, Brühl, Crippien, Dammig, Dikmann (Hessen), Dittmann (Magdeburg), Dörmel, Edard (Dannover), Eichhorn, Ernst, Fleißner, Fries, Geel (Hamburg), Genet (Leipzig), Dr. Geyer (Sachsen), Gense, Dr. Herz, Dr. Hertzfeld, Hoffmann (Berlin), Höllert, Horta, Jädel, Frau Karst, Korfes, Koenen, Kogge, Kubitz, Kunert, Künzler, Ledebour, Lippstadt, Dr. Löwenstein, Ludw. Malchow, Meißner, Meißel, Mittwoch, Dr. Pfeser, Frau Remig, Reisinghaus, Pieper (Hessien), Pichla, Pictner, Raute, Reich, Remmele, Rißan, Rofemann, Dr. Rosenfeld, Ruffel, Sauerbrun, Schlimmer (Dresden), Schwarz (Baden), Seger, Seidel, Frau Sender, Schwan (Franken), Soldmann (Franken), Stach, Stocker, Teuber, Thomas, Untereißner, Voglherr, Frau Wacholz, Frau Wulff, Frau Wurm, Frau Ziegler (Württemberg), Frau Zieg, Zubeil.

Regierungsbildung in Gotha

In der Donnerstag-Sitzung der gothaischen Landesversammlung wurde einstimmig ein Dringlichkeitsantrag der Unabhängigen angenommen, den Reichspräsidenten zu ersuchen, sofort den Ausnahmezustand über Gotha aufzuheben. Die Demokraten und Rechtsparteien stimmten für den Antrag, nachdem sich die Unabhängigen verpflichtet hatten, der Bildung einer parlamentarischen Regierung keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen.

Für die Regierung wurden von den einzelnen Parteien folgende Nichtparlamentarier als Volksbeauftragte vorgeschlagen: Deutsche Volkspartei Dr. Pfeiffer, Syndikus des Arbeitgeberverbandes, vom Bauernbund Ortsvorsteher Hegn, von den Demokraten Oberbürgermeister A. D. Liebetraut, Gotha. Bei der Wahl gaben die Unabhängigen weiße Zettel ab.

Die endgültige Delegation für Spa

An der Konferenz in Spa werden, wie nunmehr feststeht, von deutscher Seite folgende Persönlichkeiten teilnehmen: Der Reichskanzler mit Staatssekretär Albert, der Reichsminister des Auswärtigen Simons, der Reichsfinanzminister Wirth, der Reichswirtschaftsminister Scholz, der Reichsernährungsminister Herms, der Leiter des Wiederaufbauminstenriums Staatssekretär Müller, ferner vom Auswärtigen Amt Ministerialdirektor v. Simson, die Geheimräte v. Keller und v. Löwenstein, Legationsrat Fuchs von der Presseabteilung, vom Reichsfinanzministerium Staatssekretär Schröder und Ministerialrat Beusch, von der Kriegsausschusskommission Staatssekretär Bergmann, von den wirtschaftlichen Ressorts die Geheimräte Le Suite, Mez, Kuppel, Staatsrat v. Reinel und Geheimrat Fellingner; vom Reichswehrministerium die Majore Michels, v. Böttcher und Vogt.

Es werden weiter eine Reihe von führenden deutschen Sachverständigen auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Finanzen nachreisen, falls es der Gang der Verhandlung erforderlich machen sollte.

Die Abstimmung in Westpreußen

Für die außerhalb der Abstimmungsgebiete Allenstein und Marienwerder wohnenden Deutschen, die sich zur Volksabstimmung in ihre Heimat begeben wollen, hat die Vorkonferenz folgende Bestimmungen getroffen:

Die deutschen Vertreter in jeder Abstimmungszone werden ermächtigt, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, damit eine passende Anzahl von Sonderzügen (die Zahl wird in jedem einzelnen Falle von der Interalliierten Kommission festgesetzt) von Deutschland die Zähler herbeiführt, die das Recht haben, an der Abstimmung teilzunehmen. Die Züge werden von Offizieren der Bundeswehr begleitet, die den Auftrag haben, sich durch Prüfung geeigneter Ausweispapiere die Sicherheit zu verschaffen, daß nur Personen, die zur Abstimmung zugelassen werden, diese Züge besetzen. Unter diesen Bedingungen werden keine Züge für die Durchfahrt durch den polnischen Korridor geordert werden. Die Interalliierten Kommissionen für Marienwerder und Allenstein werden die nötigen Maßnahmen ergreifen, um die Durchführung vorstehender Beschlüsse zu sichern.

Gemeinwirtschaftlicher Kapitalismus

Herr Dr. Walter Rathenau ist bekanntlich ein Großkapitalist mit einem warmen „sozialen“ Herzen — was ihn nicht hindert, mit einem bewundernswert scharfen Verstand die Nachverhältnisse in der Wirtschaft zu erkennen. Wie stehen am Grabe der großkapitalistischen Epoche? erklärte er dieser Tage in einem Vortrag, den er im demokratischen Klub hielt. Neben einem Toten oder Sterbenden soll man nichts schlechtes reden. Und deshalb preist Rathenau den sterbenden Kapitalismus über alle Massen. „Er hat die Welt irdar gemacht.“ Jede andere Produktionsform muß teurer verwalten. „Weshalb? Nun: der Kapitalist reißt — nach Rathenau — den größten Teil seines Profites in seinen Betrieb und fördert auf diese Weise die gesamte Produktion. Der Arbeiter und Angestellte aber verzehrt seinen gesamten Lohn, auch wenn er noch so sehr „erhöht“ wird, lediglich zu seinem eigenen Nutzen! Folglich sind Lohnverhöhungen im Interesse der Volkswirtschaft direkt schädlich und verdamnwürdig.“ Das menschenwürdige Löhne zu einer Erhöhung der Kaufkraft und damit zur Hebung der Volkswirtschaft führen, scheint Herrn Rathenau nicht bekannt zu sein. Noch weniger der Widerspruch zwischen einer „sozialen“ Gemeinwirtschaft — und Hungerlöhnen! Bei der Rathenau'schen „Gemeinwirtschaft“ braucht man nur ein wenig den Plekasmus abzutragen und findet dann darunter — den guten alten Kapitalismus.

Wer treibt Steuerfabotage?

In der gestrigen Sitzung des Steueraususses des Reichstages hat sich der Finanzminister Dr. Wirth gegen alle Anträge auf Beseitigung des Steuerabzugs gewandt. Er meinte, daß dadurch ein Steuerausfall eintreten würde, der so erheblich sei, daß das Reich ihn einfach nicht tragen könne. Wenn die Durchführung der Steuererlasse in diesem wichtigen Punkte durchbrochen werden sollte, würden sich für die Zukunft mit gefährlichen Steuerfabotagen zu rechnen sein. Das würde aber das Chaos bedeuten. Eine Aufhebung des Steuerabzuges bedeutet für den Fiskus einen Verzicht auf eine völlige Erfassung des Arbeitseinkommens überhaupt. Die Parteiführer sollten aufklärend und beruhigend einwirken, denn es handle sich um Sein oder Nichtsein des Reiches und um den Bestand von Ländern und Gemeinden.

Es ist überaus bezeichnend für das Wesen unserer Steuerpolitik, daß der Reichsfinanzminister so lebhaft den Steuerabzug in seiner jetzigen Form verteidigt und die Arbeiter der Steuerfabotage beschuldigt, weil sie sich der Ausführung dieser gegen sie gerichteten Ausnahmebestimmung nicht widerstandslos hingeben wollen. Man muß den Reichsfinanzminister an den von ihm selbst veröffentlichten Nachweis über die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren für die Zeit vom 1. April 1919 bis Ende Januar 1920 erinnern, aus dem klar hervorgeht, wer in Wirklichkeit Steuerfabotage betreibt. Es sind die besitzenden Klassen, die sich bisher in weitgehendem Maße der Steuerleistung zu entziehen gewußt haben. Während die Einnahmen aus den indirekten Steuern und Zöllen, von denen die nichtbesitzende Bevölkerung am härtesten betroffen wird, erheblich zugenommen haben, sind die Einnahmen aus den Besitzsteuern ganz wesentlich hinter den Voranschlag zurückgeblieben. Nicht dagegen wenden sich die Arbeiter, daß sie überhaupt zu den Lasten des Staates herangezogen werden, sondern sie verlangen, daß diejenigen Kreise, die das jetzige Finanzjeld verschuldet haben, zuerst und in schärfster Weise für die Deckung der Lasten verantwortlich gemacht werden. Die Koalitionsregierung aber hat das Gegenteil getan, und die jetzige Regierung will deren Sünden fortsetzen; nachdem die besitzenden Klassen versagt haben, sollen nunmehr die besitzlosen Kreise bis zum letzten Pfennig ihres steuerfähigen Einkommens zur Steuerleistung gepreßt werden, und noch dazu will man von ihnen durch den Steuerabzug Milliardenleistungen herausziehen, die der Staat im voraus und ohne jede Zinsvergütung entgegennimmt.

Die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reichstage werden den Reichsfinanzminister auf diese Sachlage aufmerksam machen und von der Regierung verlangen, daß erstens endlich mit der schärfsten Heranziehung der besitzenden Kreise zur Deckung der Staatslasten ernst gemacht werde und daß zweitens die Erfassung der Steuer an der Quelle nicht einseitig auf die minderbemittelten Kreise beschränkt bleibt, sondern daß vor allem bei den besitzenden Klassen mit der Verwirklichung dieser Theorie ernst gemacht wird.

Proteststreik gegen den Steuerabzug

Wschaffenburg, 2. Juli (W. Z. N.). Die Belegschaft der Gewerkschaft Gustav in Dettlingen ist heute in Proteststreik eingetreten wegen des Steuerabzugs von der Lohnauszahlung in dieser Woche. Die Belegschaftsversammlung, die den Streik beschloß, laub ohne Einwilligung des Betriebsrates hat. Der Streik soll bis morgen Nachmittag dauern. Wschaffenburg, Offenbach, Darmstadt, etwa 40 größere und kleinere Gemeinden und eine Anzahl von Werken, die von Dettlingen mit Strom versorgt werden, sind für diese Zeit ohne elektrische Kraft und Licht.

Die Krefelder Lebensmittelunruhen

Aus Krefeld wird uns geschrieben: Die Forderungen der unabhängigen Krefelder Betriebsvereinsleute wurden am Donnerstag der belgische Besatzungsbehörde überreicht. Diese erklärte unserer Deputation, daß die Truppen aus der inneren Stadt bereits zurückgezogen seien und daß alle Ausschreitungen von belgischen Militärs unterdrückt würden. Zu der Ermordung des Arbeiters Fröhlich durch einen belgischen Zivilpolizisten wurde der Familie des Getöteten Schadenersatzanspruch an das belgische Militärkommando zugesichert. An der Verdringung dürfen Abordnungen der organisierten Arbeiterschaft teilnehmen. Hinsichtlich der Lebensmittelversorgung versprachen die Belgier, einen Druck auf die deutschen Behörden ausüben zu wollen, daß genügende und im Preis reduzierte Lebensmittel der Krefelder Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Es herrscht in der Stadt wieder völlige Ruhe.

Die Internationalisierung des Kapitals

Das Schiffsabkommen mit Amerika

Einem Vertreter des „Hamburg Fremdenblatts“ hat Geheimrat Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie einige Mitteilungen über das Abkommen mit der Amerikaner Ship and Commerce Cooperation, einer Tochtergesellschaft des Harriman-Konzerns, gemacht. Wir erfahren daraus, daß der Vertrag auf 20 Jahre abgeschlossen worden ist. Er stellt einen gemeinsamen Dienst der beiden Vertragsteilnehmenden vor und zwar auf allen Linien, die früher von der Hamburg-Amerika-Linie entweder allein oder im Vertragsverhältnis mit befreundeten Linien betrieben wurden. Es ist in Aussicht genommen, diese Linien nach Maßgabe des herankommenden Schiffsraumes und des Bedarfs wieder ins Leben zu rufen. In erster Linie soll der Verkehr zwischen Hamburg und den Vereinigten Staaten gepflegt werden. Jede der Vertragsparteien ist berechtigt, in den Dienst der Linien ihre eigenen oder gecharterten Schiffe bis zu einem Anteil von 50 Prozent des Gesamtschiffraumes einzustellen. Die Verhandlungen über die Art des Zusammenwirkens und über die finanziellen Fragen werden noch weitergeführt. Alle von der Hamburg-Amerika-Linie einzustellenden Schiffe fahren unter deutscher Flagge. Verhandlungen mit dem Shipping Board, der amerikanischen Schiffsabotagebehörde, sind nicht geführt worden und zwar aus technischen Gründen, die in dem noch andauernden Bestehen des Kriegszustandes zwischen beiden Ländern liegen. Admiral Benson brachte zum Ausdruck, daß das Abkommen die völlige Unterwerfung des Shipping Board habe. Die Behörde werde die erforderliche Tonnage zur Bedienung der in Frage kommenden Linien zur Verfügung stellen. In erster Linie soll der zwischen New-York und Hamburg bestehende Frachtdienst vermehrt werden. Ein kombinierter Fracht- und Passagierdienst zur Beförderung von Passagieren 3. Klasse soll folgen. Die zweite Linie wird die Hamburg-La-Plata-Route werden. Diese ist bereits durch die Aeri-Linie (deren Kontrolle Harriman nach dem Abschluß der Verhandlungen mit der Hamburg-Amerika-Linie erworben hat) eröffnet worden, aber auch hier soll der kombinierte Dienst aufgenommen werden. An dritter Stelle steht die Verbindung zwischen Hamburg und Westindien, ebenfalls für Passagier- und Frachtdampfer.

Die fünfzigprozentige Beteiligung der Hamburg-Amerika-Linie am Schiffsraum dürfte vorläufig nur auf dem Papier stehen, da die deutsche Gesellschaft infolge des Friedensvertrags ihren Besitz an Dampfern bis auf einen kleinen Teil eingebüßt hat. Es ist aber anzunehmen, daß die Hamburg-Amerika-Linie als Gegengewicht ihre Organisation, von der in den Mitteilungen

des Geheimrat Cuno keine Rede ist, in die Waagschale werfen wird, besonders bei den noch nicht abgeschlossenen finanziellen Verhandlungen. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß auch der Norddeutsche Lloyd in Bremen, die zweitgrößte Deutsche Schiffsabotagegesellschaft, in Verhandlungen mit kapitalistischen Kreisen in den Vereinigten Staaten steht, über deren Verlauf bisher noch nicht viel mitgeteilt worden ist.

Für die deutsche Wirtschaft ist das Abkommen der Hamburg-Amerika-Linie ohne Zweifel von großer Bedeutung. Es zeigt sich aber auch bei dieser Gelegenheit, daß eine der wichtigsten Folgen des Weltkrieges die schnelle fortschreitende Internationalisierung des Kapitals ist.

Der geschlossene Ring

Aus Prag wird uns geschrieben: Die Horthyranote n bemühen sich, der Welt plausibel zu machen, daß es bloß die österreichische Arbeiterkraft sei, die den Internationalen Boykott gegen Terrororgane durchführe. Die übrigen Nachbarstaaten, nämlich Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei beteiligten sich überhaupt nicht an der eisernen Umarmung und der Verleihe völlige sich angefügt durch diese Gebiete.

Rum treffen sowohl aus Jugoslawien wie aus Rumänien Berichte ein, in denen mit allem Nachdruck festgestellt wird, daß der Boykott auch in diesen Ländern strikte durchgeführt wird. Was speziell die Tschechoslowakei betrifft, der ja neben Österreich wohl die wichtigste Rolle bei der Durchführung zufällt, so genügen folgende Feststellungen: In ihrer Sitzung vom 18. Juni befahte sich die tschechoslowakische Gewerkschaftskommission mit dem Appell des Internationalen Gewerkschaftsbundes und erließ gemeinsam mit der Union der Eisenbahner, dem Verband der Handels- und Industrieangestellten, dem Handels- und Transportarbeiterverband und dem Verband der Gemeinde-, Landes- und Staatsangestellten, Telegraphen- und Postkassen einen gemeinsamen Aufruf, in dem erklärt wurde:

„Der Zentralgewerkschaftsrat appelliert an die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft der tschechoslowakischen Republik, voll und ganz der Aufforderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu gehorchen. Die Durchführung des Boykotts ist für uns als Staat, der an Ungarn grenzt, eine ehrenvolle Aufgabe, der unsere Arbeiterschaft sich auch würdig erweisen wird. Sie ist sich dessen bewußt, daß ihre diese Aufgabe von der internationalen Solidarität diktiert wird und daß hier keine Aufschubmöglichkeit ist. Heute braucht das ungarische Proletariat die internationale Hilfe, morgen kann sie das Proletariat eines anderen Staates, vielleicht auch wir, brauchen.“

Die Aufgabe ist in erster Linie abhängig vom Verhalten der Eisenbahner. Der Boykott bedeutet jedwede Verhinderung des Warenverkehrs mit Ungarn. Vom 20. Juni darf kein Wagen die ungarischen Grenzen passieren, noch darf er auf der Bahn entgegengenommen und transportiert werden. Die Transportarbeiter im privaten und im öffentlichen Dienst, namentlich jene in den Grenzgebieten, haben dafür zu sorgen, daß der Boykott nicht umgangen wird. Die Post- und Telegraphenanstalten der ganzen Republik haben den Transport von Paketen, Briefen und überhaupt aller Sendungen nach Ungarn zu verhindern. Alle Depeschen, seien sie nun telephonisch, telegraphisch oder express aufgegeben, sind außer den diplomatischen der Beförderung zu entziehen bzw. nicht anzunehmen. Die Speditionen haben keine Transporte nach Ungarn zu übernehmen. Die Banken und Sparkassen verhindern den Bankverkehr mit den ungarischen Banken. Die Buchdrucker und Seher drucken und sehen keine tendenziösen, aus Ungarn stammenden Nachrichten. Für die Lebensmitteltransporte, die aus Jugoslawien durch Ungarn zu uns gehen, werden Ungarn keinerlei Konzessionen bewilligt. Die Genossen werden aufgefordert, aus Mährisch-Osttrau keine Kohlen nach Ungarn zu transportieren und die Durchfuhr von Benzin aus Polen nach Ungarn nicht zu gestatten. Ebenso haben die Schiffer, Matrosen und Berlaber überall darauf zu achten, daß der Boykott strikte durchgeführt wird.“

Daneben beschloß die Union der Eisenbahner einen eigenen Aufruf speziell an das Fahrpersonal, in dem dieses aufgefordert wird, den Boykott bis zum letzten Buchstaben durchzuführen und sich gegen jeden Versuch der Warendurchfuhr nach Ungarn aufzulegen.

Ebenso unwahr ist die Behauptung der Horthyrsleute, das tschechoslowakische Proletariat habe die Vermittlung der ungarischen Nachrichten übernommen. Das Bureau protestiert gegen diese Lüge und erklärt, keine derartige Vermittlung befragen zu lassen. Daß bei allen diesen Verleumdungen der Magyaren nur der Wunsch der Vater des Gedankens ist, dafür zeugt wohl am besten die Tatsache, daß sich die Horthyregierung mit ihrem „Friedensangebot“ an den Internationalen Gewerkschaftsbund des nicht kleinen Umweges über Warschau bedienen mußte, wo sie jedenfalls etwas mehr Sympathie als anderswo erwartet. Das ist auch durchaus begründlich, weil sich die beiden Brennpunkte der europäischen Reaktion gegenfeitig nach Kräften zu stützen bemüht sein werden. Ob es ihnen freilich allzu viel nicht, ist eine andere Frage und es könnte höchstens so kommen, daß dem Boykott gegen Terrororgane der Boykott gegen Antilowjapolen folgt. Das tschechoslowakische Proletariat wird hier wie dort auf der Seite der klassenbewußten internationalen Arbeiterschaft stehen.

Die deutschen Denkschriften

Paris, 2. Juli.

Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus Brüssel, über die deutschen Denkschriften hätten die Chefs der alliierten Delegationen ihm gestern Abend gesagt, es handle sich um einen Fehler. Wenn die deutschen Vertreter sehen werden, daß diese Art der Begründung von den Alliierten offen gemißbilligt werde, würden sie in Spa ihre Taktik ändern. Nichtsdestoweniger zeigten die Denkschriften den Oppositionsgelst hinsichtlich der Ausführung des Vertrags. Wenn sie wirklich aufrecht erhalten werden, dann werde die Begegnung von Spa zweifellos durch die Unmöglichkeit abgefaßt werden, in der sich die Alliierten befänden, einen Boden der Verständigung mit den Deutschen zu finden.

Gegen den neuen Orientfeldzug

D. A. Paris, 1. Juli.

Die französische Sozialistische Partei sowie der Allgemeine Arbeiterbund (C. G. T.) haben im ganzen Lande einen energischen Protestfeldzug gegen die Expedition nach dem Orient ins Werk gesetzt. In der Arbeiterschaft hat die französische Orientpolitik, die neue große Opfer an Menschen und Geld zu verschlingen droht, einen sehr bedenklichen Grad von Mißbilligung, ja Erbitterung, erregt.

In die preussische Landesversammlung tritt als Nachfolger des Genossen Dr. Rosenfeld, der infolge seiner Wahl zum Reichstag sein Mandat für die Landesversammlung niedergelegt hat, Frau Minna Reichert, Berlin, ein.

Die Fraktion der deutschen Volkspartei wählte einstimmig Dr. Stresemann zum Vorsitzenden.

Endgültige Ernennung. Regierungsrat Bindenberg, der bisher das Landratsamt Osternberg kommissarisch verwaltet hat, ist endgültig zum Landrat dieses Kreises ernannt worden.

Neuwahlen in Dänemark. Durch königliches Dekret werden die Wahlen zum Folkething (Abgeordnetenhaus) auf den 6. Juli, die zum Landsting (Erste Kammer) auf den 10. August festgesetzt.

Blückerkrieg in China. In Hunan wüthet der Bürgerkrieg. Die Südmilitären haben Jotschau besetzt. Infolge des terroristischen Auftretens von Banditen in den Bezirken von Hankau unternehmen die englischen, amerikanischen und japanischen Panzierschiffe eine gemeinsame Aktion.

Deutscher Reichstag

6. Sitzung, Freitag, den 2. Juli.

Nach Beledigung einiger kleiner Anfragen wird die allgemeine Besprechung der Regierungserklärung fortgesetzt.

Reichsernährungsminister Dr. Hermes gibt einen Ueberblick über die wirtschaftliche Lage. Die schwierigen Verhältnisse des Wirtschaftslebens können nur unter verständiger Mitwirkung des ganzen Volkes überwunden werden. Ueber 10 Milliarden Mark hat das Reich bereits zur Verbilligung der Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Für den Winter wird die Kartoffelversorgung

bei der erzielten günstigen Ernte eine Besserung erfahren und damit unsere gesamten Ernährungsverhältnisse. Für die kommende Ernte ist der Weg der Ermittlung im Wege der Indexzahlen beschritten. Es ergibt sich für die Jahre 1919/20 ein Defizit von 1500 M. (Hört! Hört!), für Roggen 1500 M., für Weizen 1750 M., für Kartoffeln 800 M. Der Mindestpreis für Kartoffeln hat also das ganze Wirtschaftsjahr Geltung; eine Erhöhung soll vermieden werden. (Zuruf: Soll!) Wir haben in Anbetracht eine besondere Organisation geschaffen, in Rotterdam ist daselbe im Werke, und tatsächlich haben wir erreicht, daß die Zufuhren der deutschen Kartoffeln erheblich gesteigert worden sind. Auch die Vieherzeugung zeigt noch nicht aus. Die letzte Preisfestsetzung hat einen günstigen Einfluß auf die Vieherzeugung; wir verhandeln aber weiter mit den Beteiligten. Vor allem sollen die Viehhändlerverbände mit der Regierung in Verbindung treten. (Beifall.) Die Einmischung von Käse haben wir neuerdings erlaubt. In eine Schließung der Margarinefabriken darf nicht gedacht werden. Die Erzeugung von Zucker ist ständig zurückgegangen; wir müssen wieder an innere Vermehrung denken. Im allgemeinen kann mit einer Steigerung der Anbaufläche von 10-12 Prozent gerechnet werden. Die Beschaffung billiger Auslandsware darf nicht daran scheitern, daß Preisbestände teurer Ware im Lande sind. (Beifall.) Von der Landwirtschaft erwarten wir, daß sie nunmehr ihre Ablieferungspflicht restlos erfüllt.

Minister des Auswärtigen Simons beantwortet hierauf die vorher zurückgestellte Anfrage der Abgeordneten Frau Bronner (Dem.), die die widerrechtliche Verhaftung des Chefkonsuln Dr. A. v. Holtum und des Vertreters des Konsuln Dr. H. Wagner, durch polnische Behörden, betrifft. Sobald die widerrechtliche Verhaftung der Konsuln als unzulässig bekannt wurde, sind die deutschen Konsuln in Warschau und bei der deutschen Delegation in Paris angewiesen worden, bei der polnischen Regierung, bei der internationalen Kommission und beim Obersten Rat der Internationalen Kommission zu erheben; leider bisher ohne Erfolg. (Hört, Hört.) Hand 1909 Reisende sind an der Durchreise durch den polnischen Korridor verhindert worden. Sowohl von deutscher als von internationaler Seite ist dagegen protestiert worden. Ich habe auch dieserhalb bei dem hiesigen polnischen Gesandten ernsthafte Vorstellungen erhoben. Des weiteren muß ich gegen die durch amtliche polnische Stellen erzwungene Einziehung von Deutschen in dem abzutretenden Gebiet Einspruch erhoben. Es liegt auf der Hand, daß diese Vorgänge nicht dazu angehen, die von polnischer Seite angeregten wirtschaftlichen Verhandlungen zu begünstigen. (Sehr richtig!) Wenn Polen sagt, was versprochen ist, dann wird das auch von uns gewünschte gute nachbarliche Verhältnis nicht gefährdet werden. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Helfferich (D. Nat.): Der Minister des Auswärtigen hat das Bild unserer Lage in einem wichtigen Punkt ergänzt. Dasselbe geschah durch die Ausführungen des Ernährungsministers, sowie gestern durch die Darlegungen des Finanzministers. Wer Zahlen zu lesen versteht, wird besonders die vom Reichsfinanzminister gemachten Angaben als geradezu niederdrückend empfinden. Wir sehen den ganzen Verlauf unseres deutschen Gemeinwells, den ganzen Ernst der Zukunft. (Zuruf links: Welche trägt die Schuld?) Vielleicht tragen Sie (nach links) mehr Schuld als ich. (Zuruf Ledebours: Des Nagelstags hat das Wort.) Unser Volk ist von dem elendesten Untergang bedroht. (Erneute Zurufe: Durch Ihre Schuld, durch Ihre Finanzwirtschaft. — Gegenrufe rechts: Ruhel!) Seine bewährte Kraft ist dem deutschen Volk durch den Krieg und die Revolution zerbrochen worden. (Erneuter Lärm links und Unterbrechungen.) Wir sind durch den Vergewaltigungskrieg unter einen Druck gestellt, der nicht zu überwinden ist, wenn es nicht gelingt, das Schlimmste durch Anspannung aller guten Kräfte zu verhindern. (Zuruf: Durch Sie! — Präsident Lobe: Es war zu erwarten, daß der Wahlkampf im Reichstag einen Widerhall findet. Der Redner darf aber dabei nicht an der Ausübung seines Rechtes gehindert werden.) Wenn wir in der inneren Zerfahrenheit weiter schreiten, dann ist das Verhängnis unabwendbar. (Erneute Unterbrechungen bei den Unabhängigen.) Die große Mehrheit des deutschen Volkes hat durch die Wahlen befunden, daß sie endlich wieder Ruhe will. (Zuruf: Kampfbuch!) daß sie sozialistische Experimente, wie sie die Sozialdemokratie beider Richtungen versucht, klar ablehnt. Die unabhängige sozialdemokratische Partei ist die einzige, die sich weigert, sich vorbehaltlos auf den Boden der Verfassung zu stellen. (Lärm bei den U. Soz. Zuruf: Sie sind ein schöner Verfassungshüter!) Man scheint jetzt die Methoden des Wahlkampfes auch hier im Reichstag einführen zu wollen. (Lärm bei den U. Soz.) Man hat ja eine Anfrage eingebracht, in der ich als Richter von Millionen Entscheidungen hingestellt werden. Die Anfrage war zuerst vom Abg. Müller unterbreitet. Als wir eine Gegenanfrage einbrachten, wurde diese unterdrückt, zu nicht gezeugen. (Hört, Hört!) Ich stelle fest, daß derjenige, der mich einen Minister bei Millionenentscheidungen nennt, ein elender Verehrer ist. (Lebhafte Beifall rechts, Lärm links. Präsident Lobe ruft den Redner zur Ordnung, zieht aber den Ordnungsruf zurück, als Abgeordneter Helfferich erklärt, er habe keinen Abgeordneten persönlich gemeint.)

Mit den Parteien der Koalition sind wir darüber einig, daß das Beste, was wir brauchen, ist: Die Wiederherstellung und Sicherung von Recht und Ordnung. (Sehr richtig! rechts — Unruhe links.) Wir brauchen aber auch die Nachmittage, um Recht und Ordnung herzustellen. Ich vertrete den Kreis Warburg mit und stelle fest, daß die Gerichtsverhandlungen keinen Anlaß geben, von einer Schmach von Warburg zu sprechen. (Ungeheurer, sich immer wiederholender Lärm links, durch den der Ruf: Woher! immer wieder durchdringt.) Der Redner verteidigt sich weiter in längeren Ausführungen gegen den Vorwurf, daß er Kriegsflüchtlinge in der Hand gehabt hätte und fährt dann fort: Wir müssen die ganzen Finanzverhältnisse in einen Schmelztiegel werfen und sie umschmelzen. Den Kriegsgeldverhältnissen soll Gott sei Dank, der Hals umgedreht werden. (Zuruf links: Sie haben sie geschaffen!) Das schlimmste ist die Entwertung, die die reichseigenen Beträge genommen haben. Bei den Eisenbahnen haben wir 15 Milliarden Defizit. Der Finanzminister soll im Wahlkampf erklärt haben: wenn es so weitergeht, dann müßten wir die Eisenbahnen an fremde Kapitalisten verkaufen. (Finanzminister Dr. Wirth: Ich habe das gerade Gegenteil gesagt.) Wenn wir nicht andere Wege gehen, dann kommen wir zum Bankrott unseres Eisenbahnwesens. (Großer Lärm links und Zurufe: Sie sind der Bankrotteure. — Abg. Ledebour: Sie haben Deutschland gerettet!) Die Wurzel des Übels ist, daß mehr verbraucht wird, als erzeugt ist. (Lärm bei den U. Soz. Zuruf des Abg. Ledebour: Sie haben die Arbeitskraft des deutschen Volkes ruiniert durch Ihren Krieg.) Es war nicht mein Krieg, sondern der Krieg des deutschen Volkes. (Minutenlanger Lärm bei den Unabhängigen. Zuruf des Abg. Ledebour: Sie haben gegen den Frieden gearbeitet.) Wie können Sie so etwas behaupten! (Erneuter großer Lärm bei den U. Soz. Ledebour ruft: Sie haben Amerika in den Krieg hineingezogen. Sie waren der Hauptstörer dabei!) Ich verbitte mir diese Bezeichnung. (Erneuter großer Lärm bei den U. Soz.) Es ist wichtiger, daß wir uns jetzt über die Dinge

unterhalten, die uns heute drücken. (Gesächter links und lärmende Zurufe der U. Soz.: Erst müssen die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden! Bankrotteure! Kriegsschieber!) Vizepräsident Dietrich: Ich bitte doch solche unpassenden Ausdrücke zu unterlassen. Das verlangt die Würde dieser Versammlung.

Abg. Dr. Helfferich fährt fort: Notwendig ist (Zuruf links: Arbeiter! Arbeit! Das wissen wir selber.) die Erkenntnis der furchtbaren Lage. (Zuruf: Das wissen die Arbeiter allein!) Nein, das wissen sie nicht. Sie haben gedacht, daß, wenn Sie (nach links) am Ruder sind, sie weniger zu arbeiten brauchen. (Großer anhaltender Lärm bei den U. Soz., der allmählich nach Eingreifen des Vizepräsidenten Dietrich ebbt.) Der Unternehmer darf nicht unter den Schlitzen kommen. Wo die Zwangswirtschaft in Kraft bleibt, muß die staatliche Bevormundung wenigstens vernünftig gehandhabt werden. Dem Wort von Hermann Müller „wir sind Kosmopoliten“ stelle ich entgegen:

„wie sind Deutsche“.

(Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir dürfen uns auch in der Wehrkraft nicht unter das Maß herunterdrücken lassen, das wir unbedingt brauchen. Wir dürfen nicht Unerfüllbares unterschreiben. Wir hätten einen besseren Frieden bekommen, wenn nicht in Deutschland anderen Stimmen laut geworden wären, daß der Friedensvertrag unter allen Umständen unterschrieben werden würde, und eine sich etwa weigernde Regierung verschwinden würde. (Anhaltender Lärm.) Wenn sich damals das Volk hinter die Regierung gestellt hätte, dann hätten wir einen besseren Frieden bekommen. (Nach diesen Worten des Redners entsteht ein ungeheurer Tumult. Die Abgeordneten der Rechten und der Mitte stimmen stürmisch zu; ein großer Teil der Sozialdemokraten wendet sich gegen die Unabhängigen und macht erregte Zurufe. Die Unabhängigen machen Gegenrufe: Ledebour ruft den Sozialdemokraten andauernd zu: Schämten Sie sich! Endlich gelingt es dem Vizepräsidenten Dietrich, wieder Ruhe zu schaffen.) Wir werden der jetzigen Regierung ihre Arbeit nicht unmöglich machen. (Zuruf des Abgeordneten Ledebour: Das zeigt Ihre heutige Rede!) Wir erkennen an, daß die Regierung gegen die früheren in einigen wesentlichen Punkten unseren Wünschen besser entspricht (Große Unruhe bei den U. Soz.), namentlich die zünftigen Finanzminister in ihr. Der Erklärung der Regierung können wir im allgemeinen zustimmen. Wir hoffen, daß sie in Spa mit Nachdruck das gute Recht Deutschlands wahrnehmen wird. Dem Währungsnotstand, das die Unabhängigen gestellt haben, werden wir nicht zustimmen. (Abg. Cripian (U. Soz.): Gott sei Dank!) Ueber unsere Stellung zur Regierung bringen wir einen eigenen Antrag ein, da es uns nicht gelungen ist, die Erklärung der anderen Parteien über die Regierungspolitik in unserem Sinne zu beeinflussen.

Vizepräsident Dietrich: Ich muß feststellen, wer die beleidigenden Zurufe gemacht hat. (Die Unabhängigen springen auf und stimmen in den Ruf des Abg. Henke ein: Wir alle!) Dann rufe ich Sie alle zur Ordnung.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Die Minister sind in 24 Stunden auf dem Wege nach Spa. Da sind wir betrübt und entsetzt, noch kurz vorher eine derartige Rede zu hören. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts, anbauender Lärm.) Was Herr Helfferich vortrug, ist kein Beweis, daß wir irgendeinen anderen Frieden hätten haben können. (Lärm und Unruhe rechts.) Die Herren rechts hätten ja in Weimar die Möglichkeit gehabt, die Verantwortung dafür zu übernehmen. (Lärm rechts. — Zuruf: Das alte Märchen!) Sie lehnten es in Weimar ab, hinter die alte Koalition zu treten. Dr. Helfferich hat sehr leicht von der Besserung der Finanzen gesprochen. Ich erinnere demgegenüber an das Wort des französischen Finanzministers Reder: Machen Sie zuerst eine gute Politik, dann machen wir Ihnen auch geordnete Finanzen. Wenn wir aus Ihrer Politik (nach rechts) aufbauen wollten, wären wir allerdings am Ende unseres Lateins. Wenn wir heute nur über die Jahre 1916 bis 1919 klare Unterlagen geben könnten, aber das Unglück der Kriegsfinanzenpolitik ist gerade, daß alle Ausgaben auf die erwartete Relegationsabgabe verbucht wurden. (Sehr wahr!) Die jetzige Finanznot geht zurück auf die Finanzpolitik seit Beginn des Krieges. Wir wollen in Spa aufrichtig und ernst am Wiederaufbau Europas arbeiten, nicht in häßlicher Demut vor der Entente. (Beifall.) Diesen aufrichtigen Willen können wir aber nur betätigen, wenn wir von der bloßen Steuerpolitik zur Politik der Produktion übergehen. Ist die heutige Regierung auch eine Minderheitsregierung, so ist sie doch getragen von dem Vertrauen, daß sie in allen Stürmen die Würde der Nation wahren wird. Ueber der Nation steht der gesamte Wiederaufbau Europas und der Kulturmenschen. Diesen großen Gedanken können wir nur dienen, wenn wir in großen Fragen die Nation hinter uns haben und andererseits auch Verständnis für die Lebensbedürfnisse unserer Nation finden. (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Becker-Hoffen (D. Sp.): Der Abgeordnete Müller hat versucht, das Herdendiebstahl einer Partei aus der Regierung mit der Beteiligung unserer Partei zu entschuldigen. So groß sind die Gegensätze zwischen den beiden Parteien denn doch nicht. Der Hinweis auf unsere monarchistische Gesinnung ist ganz verfehlt, denn noch vor 1/2 Jahren hat Scheidemann den Posten eines Staatssekretärs in einer kaiserlichen Regierung ausgeübt. Daß die Industrie in solcher Krise die Führer der Wirtschaft nicht an die Regierung abgeben konnte, ist doch selbstverständlich. (Zuruf: In der Wahltagation haben Sie doch fast alle verloren.) Wir konnten doch nicht alle wirtschaftlichen Ereignisse voraussehen. Wir bedauern, daß sich das Verständnis für den notwendigen Wiederaufbau der Zwangs-Wirtschaft erst so spät bei den Demokraten durchgesetzt hat. Leider hat sich unter der landwirtschaftlichen Arbeiter-Schaft ein gefährliches Streikfever entwickelt.

Abg. Frau Jettin (Kommunistin): Das erste Wort der Kommunisten hier in diesem Hause ist über Deutschlands Grenze hinausgerichtet. Es ist das Bekenntnis zur Solidarität der Kommunisten mit dem Proletariat aller Völker, mit dem wir uns verbunden fühlen durch die Blutströme des Weltkrieges, mit denen wir einzig im Klassenkampf gegen den Kapitalismus. Es ist das Bekenntnis zu unerschütterlicher Einheit des Kampfeswillens und des Kampfeswillens mit dem heldenmütigen russischen Proletariat, das den Arbeitern der ganzen Welt vorangegangen ist im Kampf für die Beseitigung des Sozialismus. In Spa will der internationale Imperialismus durch neue Verbrechen die Verbrechen des russischen Imperialismus sühnen. Die Kosten aber wird nicht der deutsche Imperialismus tragen und nicht die Klassen, deren politischer Verdruß er ist; diesen Klassen genügt es, die Kriegsgewinne einzusackeln zu haben. Die Kosten des Krieges sollen vielmehr die werktätigen Klassen tragen. Alle Hoffnungen der zünftigen Diplomatie und ihrer mizünftigen Nachfolger sind zerplatzt wie Seifenblasen. Deutschland wird isoliert an seinem grünen Tisch in Spa stehen. Nur ein Schutz und Trugbündnis Deutschlands mit dem sozialistischen Sowjet-Rußland würde die internationale Isolation Deutschlands ausheben. Doch alle Prophezeiungen lehren die Sowjetregierung, sie hat die Gegenrevolutionäre in Schach gehalten und die Ententetruppen und ihre zaristischen Hilfsgenerale zurückgeworfen. Sie führt einen kühnen Verteidigungskrieg gegen den polnischen Imperialismus. Rußland ist trotz alledem eine Macht, die die Entente anerkennen muß. Wir sollten aus den Verhandlungen Lloyd Georges mit dem Geschäftsträger Rußlands lernen. Wir rufen deshalb das Proletariat Deutschlands auf, außerhalb des Parlamentes seinen Willen nach einer solchen Politik zum Ausdruck zu bringen. Deutschlands Proletariat fordert nicht 200 000 Mann Reichswehrtuppen, sondern seine eigene Bewaffnung zur Niederschlagung des Imperialismus. (Lebhafte Beifall bei den U. Soz.) Wir betrachten die Aushebung der Versailles-Friedens nur als ein Werk des Kampfes des internationalen Proletariats gegen den internationalen Sozialismus.

Warum waren die Sozialdemokraten nicht zur Stelle, um in den letzten Tagen der Nationalversammlung den Aufruf der Reichsparteien gegen die Abhängigkeit der Militärgeschichte abzuwehren? Wir erwarten die Ueberwindung des Militarismus

mus nicht von dem Ententemperialismus, wir wissen, daß dieser umgekehrt die einzige Kraft besitzt und thut, die den Militarismus überwinden kann. Es ist die Arbeiterklasse, die den Militarismus als das stärkste Machtmittel des ausbeutenden Kapitalismus betrachtet.

Wir fordern die Entwaffnung des Bürgeriums und Bewaffnung der Arbeiterschaft. (Zuruf rechts: Gleiches Recht für alle!) Die formalistische Gleichheit auf dem Papier ist keine wirkliche Freiheit. Das gehört zum sozialistischen ABC. (Zustimmung bei den U. Soz.) Die Bewaffnung des Proletariats wird durchgeführt durch die politischen Arbeiterkräfte zur Verteidigung der Revolution gegen ihre Feinde. Diese Kräfte sollen weiter Bewegungsfreiheit schaffen für die Umwälzung der Wirtschaft von einer kapitalistischen Profitwirtschaft in eine sozialistische Wirtschaft. Den Opfern des Krieges muß soziale Fürsorge zuteil werden. Was bisher geschehen ist, trägt nur den Charakter des Almosens. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Wir können aus den Finanzen nicht durch Finanzreformen herauskommen. Wir brauchen vielmehr die sofortige Annullierung aller Kriegsschulden und aller großen Schulden. (Bewegung.) Wir verlangen die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht. (Beifall und Heiterkeit rechts.) Nur die Revolutionierung der Wirtschaft kann die Finanzen gesundigen. Jetzt leben wir unersättlich wachsende Ernährungsbedürfnisse. Wenn die Lebensmittelpreise steigen, dann müssen auch die Löhne entsprechend mit angehoben werden. Die Rede des Wirtschaftsministers für freie Wirtschaft bedeutet, daß fortgewirkt werden soll; gute Zeiten für Schieber!

(Zustimmung bei den U. Soz.) Der bisherigen Zwangswirtschaft weinen wir keine Träne nach, sie hat nichts mit Sozialismus zu tun. Jetzt wird die Wirtschaft durch kapitalistische Betriebsverhältnisse labortiert. Dem kann nur durch die revolutionären Betriebsräte ein Ende gemacht werden. Der jetzige Wirtschaftsrat und die Arbeitsgemeinschaften führen nur das moralische kapitalistische Gebäude und hemmen den sozialistischen Kopf. Die Krönung dieser antisozialistischen Heimatspolitik ist Schlimmes: Schlichtungsordnung zur Befreiung der Koalitionsfreiheit. Dieser Heimatspolitik muß die Arbeiterklasse ihre eigene sozialistische Wirtschaftspolitik entgegenstellen. Sie muß durch ihre Arbeiterräte das System der kapitalistischen Demokratie stützen und an seiner Stelle die Diktatur der Arbeiterklasse aufrichten. Erschreckt durch den Bonanz des Volkswillens haben sich die Kleinbürger in die Arme ihrer größten Feinde der Großbourgeoisie geworfen. (Beifall links.)

Unterstaatssekretär Bismarck: Die Verwaltung von Hamburg hat dem Minister des Innern mitgeteilt, daß die Behauptung des Abgeordneten Henke, die Unruhen in Hamburg seien durch Polizeispitzel provoziert worden, unzutreffend ist. Polizeibeamte mit dem vorgemerkten Namen teils angegebener Namen gibt es nicht.

Abg. Peterfen (Dem.): Gegenüber dem kommunistischen Gedankens der Gewalt Herrschaft vertreten wir den Gedanken der Freiheit und Gerechtigkeit. Die alte Koalition war die einzig mögliche Mehrheitsbildung. Was sich verhalten hat, war einig die parlamentarische Teilbereitschaft. Die beiden großen sozialistischen Parteien scheiden sich jetzt aus, die eine durch Abneigung, die andere durch Passivität. Das Machtbewußtsein ist leider auf der Rechten stärker entwickelt, als bei den Unabhängigen. Ueber Helfferich habe ich zu sagen: Im Kriege haben viele Menschen geirrt und Irrtum ist menschlich. Wenn aber in diesem Irrtum die Ursache des Unterganges der Nation wurzelt, dann sollte sich diese Ursache doch etwas zurückhalten. (Lebhafte Beifall — große Unruhe auf der Rechten.) Die Schuld an dem Zusammenbruch des alten Staates und die jetzigen Zustände tragen die Konsektionen. Wiederaufbau ist nur möglich auf dem Boden der demokratischen Republik.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich danke für die warmen, zum Teil recht warmen Worte, die mir persönlich zuteil geworden sind, und für die objektive Würdigung, die von den meisten Seiten dem Regierungsprogramm entgegengebracht wurde. Die Regierung verlangt kein Vertrauen im Voraus. Sie verlangt, daß man ihr entgegenkommt, daß man bereit ist, mit ihr zu arbeiten, daß man gemüht ist, nach Maßgabe des ausfallenden Programms zu wirken und zu schaffen. Das Vertrauen im einzelnen machen Sie abhängig von den Taten der Regierung. Vom guten Willen sind wir besesselt. Hoffen Sie uns, diesen guten Willen zur Tat umzusetzen. Wir gehen morgen nach Spa. Hier ist das häßliche Wort gefallen, unsere Vertreter sollen nicht inselieren in Spa. Ich hoffe, daß das ganze deutsche Volk sich überzeugen wird, daß die Vertreter der Regierung in Spa mit erster Würde ihres Amtes gewaltet haben. (Beifall.) Gewisse Unterredungen, die ich heute hatte, geben mir immerhin die Hoffnung, daß wir in Spa noch vielmals eine Grundlage für Erörterungen an einem gemeinsamen Verhandlungstisch finden werden. Wir gehen nach Spa mit dem

guten, christlichen Willen der Wiedergutmachung, aber auch in der Hoffnung, daß wir unsere Verhandlungsgegner von diesem guten Willen überzeugen.

Ich glaube, daß die Verhandlungen in Spa, wenn sie zu einem Ziele führen sollen, nicht allzu rasch vorhatzen gehen werden. Sie werden im einzelnen sehr umfangreich sein. Aber ich richte die Bitte an dieses hohe Haus: wenn wir drüben in Spa in dieser schweren Stunde, in der ich jedem wünsche möchte — nein ich möchte keinem wünschen, daß er statt unser dieses Amt zu übernehmen hätte (Bewegung) — verhandeln, dann ersuchen Sie uns bitte unser Amt nicht durch leidenschaftliche Kämpfe, die Sie in dieser Zeit führen. Berühren Sie in Gottes Namen den Kampf ausgeprägten Gegensatz der Meinungen auf isolierte Lage. Sie haben ja im Wahlkampf Gelegenheit gehabt, sofort mit ihren Gegnern aufeinander zu schlagen. Gönnen Sie, für einige Wochen der Ruhepause im eigenen Interesse, im Interesse des Vaterlandes, dessen Schicksal für die nächste Zeit abhängig sind von dem, was Spa bringt. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.)

Die Abstimmung

Zur Abstimmung steht ein Minderheitsvotum der Unabhängigen. Die Regierung verlangt nicht das Vertrauen des Reichstags, ferner folgender Antrag Trimborn (Ztr.), Dr. Stresemann (D. Sp.), Schiffer (Dem.) und Lecht (D. Sp.): Der Reichstag hat die Erklärungen der Reichsregierung vom 28. Juni 1920 zur Kenntnis genommen. Er erwartet von der Regierung, daß sie diesen Erklärungen entsprechend die Politik des Reiches, insbesondere auch bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spa führen wird. Ein Antrag Herzog (Dnat.) will an die Stelle des zweiten Satzes folgenden Satz setzen: „Er erwartet, daß die Regierung Ruhe und Ordnung, Leben und Eigentum schützen, unter Zurückstellung der Parteipolitik die dringenden Aufgaben des Wiederaufbaues mit Nachdruck in Angriff nehmen und bei den bevorstehenden Verhandlungen in Spa die Würde und die Interessen des Reiches mit Festigkeit vertreten wird.“

Abg. Schiffer (Dem.): Wir lehnen den deutschnationalen Antrag ab, weil er einen Hauptteil unseres Antrages deselben will. Sachlich haben wir dagegen nichts einzuwenden.

In namentlicher Abstimmung, an der sich 377 Abgeordnete beteiligen, wird der Antrag der Unabhängigen, der Reichsregierung ein Minderheitsvotum zu erteilen, mit 313 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Dr. Stresemann (D. Sp.) gibt darauf zum Antrag Herzog dieselbe Erklärung ab wie der Abg. Schiffer. Der Antrag Herzog wird darauf gegen die Stimmen der Deutschnationalen abgelehnt.

Es folgt dann die namentliche Abstimmung über den Antrag Trimborn. Der Antrag wird mit 253 Stimmen gegen 62 Stimmen bei 54 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmten die Unabhängigen, die Deutschnationalen enthielten sich der Abstimmung.

Das Haus vertagt sich. — Sonnabend 11 Uhr: Antrag Hamm (Dem.) über das Geschäftsgesetz der Kriegsgesellschaften, kommunistische Interpellation über die angebliche Beteiligung von Spitzeln, Kotevat, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, Interpellationen. Schluß 10 1/2 U.

Groß-Berlin

Der mieterfeindliche Wohnungsverband Groß-Berlin

Auf Grund einer Bundesratsverordnung vom 7. November 1918 über Wohnungsverbände sind die Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Wilmersdorf, Lichtenberg und Spandau, sowie die Landkreise Teltow und Niederbarnim zu einem Wohnungsverband Groß-Berlin zusammengeschlossen. Dieser Verband soll die Aufgabe haben, gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der infolge des Krieges entstandenen Wohnungsnot, insbesondere die Förderung und Unterstützung des Kleinwohnungsbaues vorzubereiten und durchzuführen. Nach Ablauf des 4. Jahres nach Beendigung des Kriegszustandes mit den letzten der europäischen Großmächte hat der Verband nur noch die beschlossenen Maßnahmen durchzuführen.

Ueber die Angelegenheit des Verbandes bestimmt ein Ausschuss, der aus 11 Abgeordneten der Stadt Berlin und je 2 Abgeordneten der übrigen Verbandsmitglieder besteht. Dieses Kremium hat also große Rechte, insbesondere was die Verteilung der Baukostenzuschüsse betrifft. Aber auch in der Frage der Mietsfestsetzung hat diese Körperschaft weitgehende Befugnisse. Wie diese Befugnisse ausgeübt werden, ist von der Zusammenlegung abhängig. Und die ist nach der ganzen Anlage mieterfeindlich. Es steht daher der Geist im Wohnungsverband. Das zeigt sich bei allen Beschlüssen, die er in letzter Zeit gefasst hat. Heute wird er wieder zusammen-

treten und die Höchstmietersverordnung revidieren. Die zwanzig Prozent sind den Hausbesitzern längst ein Dorn im Auge. Sie haben Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um die Verordnung zu durchbrechen. Ausnahmen sollen Regel werden. Und da wird der Wohnungsverband sein Bestes tun. Wir erheben jetzt schon entschiedenen Protest gegen die Absicht, den Mietern neue Lasten aufzuhalsen durch eine Auslegung der Verordnung, die im Interesse der Hausbesitzer liegt. Es wird Zeit, daß dieser reaktionären Körperschaft der Garaus gemacht wird. Im neuen Groß-Berlin hat dieser Verband ohnehin keinen Raum mehr; er geht aber nicht ohne weiteres in ihm auf. Es sind Bestimmungen erforderlich, die der neuen Situation Rechnung tragen.

Die Aufgaben des Wohnungsverbandes müssen vom Wohnungsamt übernommen werden, und er kann schlafen gehen. Aber sobald wie möglich.

Die Berliner Großhändler der Obst-, Gemüse- und Südfrüchtebranche haben beschlossen, sich zu verpflichten, kirchlich diesjähriger Ernte, laute wie frühe, bester Qualität, vom 2. Juli ab nicht höher als 100 M. pro 50 Kilogramm an den Kleinhandel zu verkaufen; geringere Ware ist billiger abzugeben. Um jede Ueberschneidung des Publikums zu verhindern, werden von den Großhändlern grundsätzlich Schluscheinne ausgehändigt, die eine genügende Kontrolle bilden. Die Großhändler haben sich zu der Höchstpreisfeststellung entschlossen, trotz der begründeten Befürchtung, daß der Berliner Markt entsprechend geringer besetzt werden wird. Durch diesen Beschluß aber hat der Großhandel im Interesse des laienenden Publikums die Initiative ergriffen, eine Senkung der Preise zu erzwingen. Unter Zugrundelegung dieses Großhandelspreises darf der Kleinhandel nicht mehr als 2 M. pro Pfund für beste Qualität läute wie laute Kirichen fordern.

Ferner werden vom Berliner Großhandel Johannis-, Stachel- und Blaubeeren nicht über 120 M. verkauft, so daß der Detailhändler nicht mehr als 150 M. für das Pfund fordern darf.

Die Kleinhändler halten den Profit der Großhändler für zu hoch und glauben nicht zurecht zu kommen, weil mit dem Obst zwei Kettenhandel getrieben wird. Die Großhändler müssen sich verpflichten, die Ware nur an Kleinhändler abzugeben, nicht aber an Leute, die wieder weiterverkaufen.

Gesperzte Straße. Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Burgstraße zwischen Kaiser Friedrichstraße und Bismarckstraße wird aus Anlaß der Erneuerung des Beltons in der östlichen Dammhälfte der Straße auf die Dauer von zehn Tagen (vom 2. Juli ab) gesperrt.

Bereinskalender

Charlottenburg, Sozialistische Profetierabend. Sonnabend, den 3. Juli, Fahrt nach Erkner-Kessenow. Treffpunkt: Bahnhof Charlottenburg (Hauptplatz), abends 8 1/2 Uhr.
Zentrale der Betriebsräte. Heute, 4 Uhr, in der Schulaula Weimarerstraße 16/17, Konferenz sämtlicher Haupt- und Untergruppen-Ausschüsse aller Industriezweige. Seht wichtige Tagesordnung.

Aus den Organisationen

Eisenh. Der Bezirk Klein-Köpenick veranstaltet am Sonntag, den 4. Juli, einen Familienausflug nach Müggelsee. Abmarsch 2 Uhr vom Kellertor Seidler, Müggelseeufer, 20.
Eisenh. Sonnabend, 1/8 Uhr, Generalsammlung der Agitationskommission bei Kant.

Kariendorf. Sonnabend, 7 1/2 Uhr in der Schulaula, Karlsruherstraße. Mitgliederversammlung. Wegen der wichtigen Angelegenheit ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. — Dienstag, den 6. u. abends 7 Uhr, im Rathaus Marienborf Verhandlung der Betriebsräte, Funktionäre des 13. Verwaltungsbezirks der vier Orte Tempelhof-Lichtenrade.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Hebsch, Friedemann. Verantwortlich f. d. Inseratenteil: Ludwig Komerling, Karlsruher. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Freiheit-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne

7 1/2 Uhr: **Bruder Martin**

Neues Volks-Theater

Abendlicher Vorst. 8 1/2 Uhr: **Die 3 Mäulge.**

7 30 Uhr: **Die Stromlinie**

Großes Schauspielhaus

7 Uhr: **Julius Caesar.**

Deutsches Theater

8 1/2 Uhr: **Die 3 Mäulge.**

Kammertheater

8 Uhr: **Reise nach**

Kleines Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: **Die 3 Mäulge.**

Theater des Westens

8 1/2 Uhr: **Die 3 Mäulge.**

Königsgrüner Straße

8 1/2 Uhr: **Die 3 Mäulge.**

Leipzig-Theater

8 1/2 Uhr: **Die 3 Mäulge.**

Wanzen und Motten Pfeifferol

Erhältlich in Apotheken, Drogerien und einschläg. Geschäften. Hersteller: Apotheker Otto Pfeiffer & Pichler, Berlin N., Schulstraße 6.

Sommer-Theater

Groß-Berlin, ehem. Klein's Hoftheater 15

Tägl. 8 1/2 Uhr: **Sensations-Schauspiel**

Krone und Fessel

Das Ende einer Königin

Neue Welt

Arnold Scholz, Hoftheater 106-114

Täglich **Konzert**

und **Vorstellung**

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag u. Sonntag

Abends 8 1/2 Uhr

Die **Wanderlust** ist tägl. geöffn.

Wolfgang Wochentags 8 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218

Abendliche Vorstellungen

Abends 8 1/2 Uhr

Die **Wanderlust** ist tägl. geöffn.

Wolfgang Wochentags 8 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

Theater am Kottbuser Tor

Elite-Sänger

Täglich 7 1/2 Uhr

Die **Wanderlust** ist tägl. geöffn.

Wolfgang Wochentags 8 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstadt

Variete-Garten

Nahelinvalidenstr. : Chausseestr. 30 : Nahelinvalidenstr.

Die größte Variete-Bühne Berlins

Unser Programm ist unerreicht in seiner Art!

Attraktionen

2 Roits, Marga Wehrwell u. Partner.

Handakrobatik, Kunststücke

Victor Ritter, Berlins bester Humorist

Margit u. Vener, Rom. Wit.

Charles & M., Romische Kabarett

Mm. Langren, Sensation - Lichttänzerin.

3 Borkwams, Kom. Musical-Wit

2 YOOSTENS, Sensation auf rollender Kugel

Fritzi Frou, Berlins beliebteste Soubrette

Fredini & Deamy, Jongleur

Jeden Donnerstag

Brillant-Feuerwerk

ausgeführt vom Pyrotechniker Kuntz

Gr. u. billigstes Variete Berlins, ca. 5000 Sitzplätze

Musikdirektor Voigtländer dirigiert das

30 Mann starke Orchester.

Schaubühne

Sandberger Allee 79-77

Täglich bei Regen im Saal

2 Meißner-Beitritts

16

Unter anderem: Hinge, Weltmeister; Georg Dreng, Weltmeister; Tompson, Negro-Champion; Wehler; Hufert, Meistersinger-Bauer usw.

Vorabend: Großes Konzert und Variete-Vorstellung.

Sonntags u. Donnerstags

Abends 8 1/2 Uhr

Die **Wanderlust** ist tägl. geöffn.

Wolfgang Wochentags 8 Uhr, Sonntag 4 Uhr.

Parabellum

Pistolen, Gewehre

Frank & Co., W 8

Margrafenstraße 60

Feuer

für Sommerfeste usw.

Conrad-Hofster, Berlin SW, Friedrichstr. 17 (Laden).

Alt-Papier

altes gekülltes Papier, Zeitungen, Zeitchriften, Bücher, Christen usw.

Freiwillig, Hermannplatz 4

Telefon: Moritzplatz 7291.

Elektromotore

Gleichstrom :: Drehstrom

Ingenieurbureau Schlichting

Berlin W 9, Etkstr. 10.

Telefon: Show 3705 u. 8519.

Spiralbohrer

Schmirgelle-

Thiel, Wilmstr. 83 (Hermann-

platz), Ostendener Straße 17 (Moabit).

Lagermetall

bis 15 000.

Kupfer, Messing, Zinn

Metalzentrale

Ute Jakobstraße 84

Bel. Keller rechts.

Möbel

gegen bar

Teilzahlung

bei kleiner Anzahlung

zu billigen Preisen.

Ornate Möbel können

kostenlos lagern.

Bessere auch n. auswärts

Möbel-Cohn

Gr. Frankfurter Str. 58

5 Min. u. Wilmstr. 83

Platz: Wilmstr. 47-48.

5 Min. u. Wilmstr. 83

Für Händler!

Schuhern und

Schokolade

billig zu verkaufen

F. B. A. Kaufmann,

Berlin C 14, Wallstr. 65

Telefon: Moritzplatz 1450-09.

Adikauß-Berlin.

Wiemer, Pansenstr. 3

an der Heimböhlstraße 2

Goghenskystraße.

Metallankaufsstelle

Osten, Grüner Weg 80,

zahlt die höchsten Tagespreise für

Kupfer, Messing, Zinn usw.

Schnellaufbohrer, Werkzeugbohrer, neue, Schmirgelleinen

kauft zu allerhöchsten Tagespreisen

Menschel, Moabit, Neuköcher Str. 23.

Stoffe

für Anzüge, gut und billig.

Luchlager Fritz Dierig,

Alter Schönhauser Str. 3, u.

Sätowierung

Garantie für volle Schmerzl.

Entf. jed. Fötus, ohne Stöhen,

Schreib. i. wenig. Tag. Preis

grat. Nitrokin, Charlottenburg 4,

Kantstr. 60. Spr. 10-12, 3-7.

Möbel

zu herabgesetzten Preisen

auf Teilzahlung

mit kleiner Anzahlung.

Bürger Wohnpaarstellungen

Wohnzimmer, Schlafzimmern,

Speisestuben, Herrenzimmer

in großer Auswahl

Einzelne Möbel

Farbige Rücken

Beiser

Wohlfürger Straße 67.

Kupfer

Messing

Zinn

Weißmetall: Antimon

kaufen wieder die vereinigten

Ankaufsstellen f. gr. Mengen in

1. Lichtenberg, Jungfernst. 23

11. Neukölln, Seemannstr. 18

Parabellum, Armes

Pistolen, Messer

Pistolen, 9 mm, laute

Jagdgewehre kauft zu

höchsten Preisen

W. DIEFKE

Kommandantenstr. 36.

Kupfer p. kg. M. 7.-

Rotguld " " 5.50

Messing " " 3.50

sowie höchste Tagespreise für

Zinn, Blei, Zink (1.25),

Weißmetall

zahlt

Dr. Barinbaum

hat sich als Spezialist für

Haut- u. Geschlechtsleiden

nach langjähriger Ausbildung

Wilmstr. 25a niedergelassen.

Armeepistolen

und Jagdgewehre kauft

F. W. Gendry & Co.

Gewehrfabrik

Berlin SW 68, Lindenstr. 90.

Wanzenod à Fl. 3.75, 5.50, 8 und 11 00.
Mottentod in Beuteln à 75 Pf.
Kopf- und Haarwasser gegen Läuse Fl. 4 und 6 M.
Parasiten-Ziniment geg. Körper- u. Kleiderläuse Fl. 4 u. 6 M.
Tricresol-Puder gegen Möhe 10 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Der Mordprozess Blau

Siebenter Verhandlungstag.

Zu Beginn der gestrigen Verhandlung wird die Vernehmung des **Lodspihels Toill** fortgesetzt. Die Verteidigung richtet viele Fragen an diesen Zeugen. **R. A. Weinberg**: Der Zeuge Toill hat uns gestern eine große Geschichte erzählt von kommunistischen Verredigungen, denen er beigewohnt hat. Ich möchte den Zeugen fragen, ob er selbst die Formeln in diesen Eidesleistungen mit der Schreibmaschine geschrieben und 15 bis 20 Exemplare an Kommunisten verteilt hat. Zeuge: Nein. Wenn ich etwas dazu getan habe, dann habe ich es nur auf Befehl von **Saschel** getan. — **R. A. Weinberg**: Haben Sie nicht selbst auf solche Eidesformeln Schwören lassen? Zeuge: Nein. — **Vors.**: Diese Frage hat doch mit der Ermordung des Blau so gut wie nichts zu tun. **R. A. Weinberg**: Ich stelle diese Frage, um zu beweisen, daß die angebliche kommunistische Mordzentrale weiter nichts ist als eine Ausgeburt der Spindelphantasie des Toill. Der Zeuge gibt daraufhin die Möglichkeit an, daß er gelegentlich die Ableistung eines derartigen Eides gefordert hat. **R. A. Weinberg**: Hat der Zeuge versucht, den Roten Soldatenbund wieder neu zu gründen, nachdem dieser aufgelöst war? Zeuge: Nein. — **R. A. Weinberg**: Aber vielleicht haben Sie dabei mitgewirkt? Zeuge: Das ist möglich. **R. A. Weinberg**: Haben Sie jemals zu terroristischen Gewalttaten, Mordtaten, Plünderungen usw. aufgefordert? Zeuge: Nein. — **R. A. Weinberg**: Haben Sie dazu aufgefordert, die **Polizeigewalt** **Schröder-Mahnke** zu ermorden? Staatsanw.: Ich bitte, darauf aufmerksam zu machen, daß der Zeuge über derartige Fragen die Aussage verweigern kann. **R. A. Liebknecht**: Statt daß der Herr Staatsanwalt als berufener Hüter der Ordnung Frieden ist, wenn an Gerichtsstelle derartige Kapitalverbrechen aufgedeckt werden, versucht er, die Beantwortung dahingehender Fragen zu verhindern. Der Vorsitzende rügt diese Ausführungen. Staatsanwalt: Es ist meine Pflicht, den Zeugen in Schutz zu nehmen, wenn er von der Verteidigung terrorisiert wird. Auf den lebhaftesten Protest der Verteidiger sucht der Vorsitzende die Projektführung ihm allein zu überlassen, und werde die Zeugen schon zu lächeln wissen. Er habe allerdings noch nicht bemerkt, daß die Verteidigung den Zeugen Toill terrorisiert hätte.

Toill verweigert die Aussage.

Nach Wiederholung der Frage erklärt Toill, daß er nicht dazu aufgefordert habe, die **Schröder-Mahnke** zu ermorden. **R. A. Weinberg**: Hat der Zeuge innerhalb der kommunistischen Partei versucht, eine sogenannte militärpolizeiliche Abteilung zu gründen? Der Zeuge bestreitet das, gibt das aber nach einigen Vorhaltungen zu. **R. A. Weinberg**: Haben Sie dazu aufgefordert, Druckereien zu überfallen und dann das Personal unter Vorhalten von Waffen dazu zu zwingen, für die kommunistische Partei Flugblätter zu drucken, deren Text Sie lieferten? Zeuge: Ich habe einen solchen Befehl nicht erteilt. **Vors.**: Aber vielleicht weitergegeben? Zeuge: Das ist möglich. **R. A. Weinberg**: Hat der Zeuge derartige Aufträge von seinem Vorgesetzten, vielleicht dem Oberleutnant **Graf Westarp**, oder dem Hauptmann von **Lebedur**, erhalten? Zeuge: Darüber verweigere ich die Aussage. **R. A. Weinberg**: Haben Sie eine Liste aufgestellt, mit Namen von Spindeln, die ermorde werden sollten? Zeuge: Nein. **R. A. Weinberg**: Haben Sie in Gemeinschaft mit anderen Raubzüge unternommen und dazu Uniformen der Reichswehr, Stahlhelme und Waffen geliefert? Zeuge: Darüber verweigere ich die Aussage. — **Vors.**: Wenn sich diese Frage auf den **Fall Orłowski** bezieht, so lasse ich diese nicht zu, da dieses Verfahren ja mit der Verurteilung von **Fichtmann** erledigt ist. — **R. A. Liebknecht**: **Fichtmann** ist verurteilt, aber dieser **Herr Toill**, der Anführer der Gruppe, ist noch nicht verurteilt. **Vors.**: Zeuge, beantworten Sie also die Frage. Sie haben ein Recht der Verweigerung der Aussage nur, wenn Sie sich damit einer strafbaren Handlung bezichtigen. Zeuge: Ich verweigere über diese Frage, sowie über alle Fragen, die sich auf den **Fall Orłowski** beziehen, die Aussage. — **R. A. Weinberg**: Haben Sie für die Aufträge, die Sie von **Lebedur** oder **Graf Westarp** erhalten haben, Geld bekommen? Staatsanw.: Der Zeuge kann auch darüber die Aussage verweigern. Der Zeuge verweigert auch darüber die Aussage, ob es ihm seine vorgelegte Behörde gestattet hat, das geraubte Geld zu behalten. Auf die Frage, ob er von einem Kaufmann **Grabant** und durch dessen Vermittlung von **Graf Westarp** Aufträge oder Anregungen erhalten hat, verweigert er wiederum die Aussage. — **Vors.**: Meinen Sie, daß Sie sich durch die Beantwortung einer strafbaren Handlung bezichtigen. Zeuge Toill: Das glaube ich. — **R. A. Weinberg**: Das genügt mir.

Was das Wohl des Staates erfordert.

Der Kriminalkommissar **Kasial** gab **Johann** bekannt, daß seine vorgelegte Behörde es ihm nicht gestattet habe, die Frage der Verteidigung, ob bei der Polizei die Agenten und Spindel nicht mit Namen, sondern nur mit der Nummer bekannt sind, zu beantworten. Begründend wird gesagt, daß es dem

Wohle des Staates widersprechen würde, wenn die Einrichtungen der Polizeidirektion öffentlich bekanntgegeben würden. Das Gericht beschließt hierauf die Ablehnung dieser Frage.

Es wird hierauf die Zeugin **Frau Simanowski** darüber vernommen, ob der **Lodspihel Toill** sie aufgefordert hat, die **Schröder-Mahnke** zu ermorden? Die Zeugin erzählt, daß Toill in ihrem Bezirk Bezirksleiter der **R. P. D.** gewesen sei. Erst habe sie ihn für einen großen Idealisten gehalten. Nachher habe sie aber festgestellt müssen, daß er den Namen **Teufel** verdient. Er hat sich fortgesetzt an die jungen Leute herangemacht, um sie in der Maste eines Genossen zu terroristischen Gewalttaten zu verleiten. U. a. hätte sie gehört, daß er zu einigen jungen Leuten gesagt hätte, das **Was**, die **Schröder-Mahnke**, sei Spindel und müsse umgebracht werden. Bei einer anderen Gelegenheit hat er auch zu einigen Genossen geäußert, **Meyer** und **Faust** müssen beseitigt werden. **Vors.**: Haben Sie gehört, daß Toill jemand aufgefordert hat, irgend jemand zu ermorden? Zeugin: Jawohl, es ist, wie ich es gesagt habe.

Der Vorsitzende stellt hierauf den **Lodspihel Toill** dieser Zeugin und dem Zeugen **Meyer** gegenüber. Der **Lodspihel Toill** behauptet, daß die Aussagen der Zeugen alles Lügen seien.

Die nächste Zeugin **Frau Meyer** bezeugt, daß Toill ihr in Gegenwart ihres Mannes Ende Juli oder Anfang August vorigen Jahres erzählt habe, daß er mit noch einigen anderen am **Mollenmarkt** einen Mann festgenommen habe, auf Grund eines **Roskausweises**. Er hätte zu diesem Zweck sich und seine Komplizen mit Uniformen, Stahlhelmen der Reichswehr und Waffen ausgerüstet. Mit dem Opfer wären sie nach **Friedrichshagen** gefahren, dort hätten sie ihn ausgeraubt. Bei der Gelegenheit hat Toill auch geäußert, er hätte noch eine große Sache vor. Wenn das glücke, wäre ein großer Spindel erledigt.

Toill behauptet auch gegenüber dieser Zeugin, daß alles Lüge sei.

Die nächste Zeugin, die **Frau des Toill**, gibt an, daß **Frau Fichtmann** nach der Verhaftung ihres Sohnes zu ihr gedauert hätte, daß sie sich ausfragen würde, wenn die Verhaftung wegen des **Mordes Blau** erfolgt wäre. Durch das Hinzukommen der **Frau Simanowski** hätte sie aber nichts mehr erfahren können. — **R. A. Weinberg**: Was weiß die Zeugin vom **Fall Orłowski**? Haben Sie vielleicht von Ihrem Mann Mittelungen darüber erhalten. Zeugin: Darüber verweigere ich die Aussage. — **R. A. Weinberg**: War Ihr Mann bei der antihörschwelischen Liga beschäftigt. Zeugin: Ich habe mich nicht um die Beschäftigung meines Mannes gekümmert. — **R. A. Weinberg**: Bekommen Sie öfter den Besuch von einem Kaufmann **Grabant**? Zeugin: Darüber verweigere ich die Aussage.

Der nächste Zeuge, **Kriminalkommissar Dr. Riemann** macht noch einige Bemerkungen über die Vernehmung des Zeugen **Toill**. **Vors.**: Toill, warum haben Sie denn bei Ihrer ersten Vernehmung **Herrn Dr. Riemann** nicht alle Einzelheiten, die Sie uns jetzt geschildert haben, mitgeteilt? Toill: Ich hatte von meiner vorgelegten Behörde nicht den Auftrag, Einzelheiten über die Mordtat der Polizei mitzuteilen. Ich habe deshalb nur Hinweise gegeben. **Vors.**: Hatten Sie weiter gar keine Veranlassung? Zeuge: Ja, ich befürchtete auch, wenn ich mehr aus sage, daß dann mein Leben gefährdet sei. — Zeuge **Dr. Riemann**: Ich glaube auch, daß Toill aus Unmöglichkeit nähere Angaben unterlassen hat. **R. A. Liebknecht**: Diese Begründung ist doch hinfällig, wenn man bedenkt, daß Toill seine Mittelungen anonym gemacht hat.

Eine Mangelhaftigkeit des Toill.

Die nächste Zeugin, die **Mutter des Angeklagten Fichtmann**, gibt an, daß ihr Sohn niemals nachts ausgeblieben sei; sie wisse deshalb auch genau, daß ihr Sohn in der fraglichen Nacht zu Hause war. Der Vater des **Fichtmann** gibt nähere Einzelheiten über sein Verhältnis zu Toill an. Toill hat fortgesetzt versucht, in seinem Bekanntenkreise die jungen Leute zu terroristischen Gewalttaten aufzureizen.

Der Zeuge **Lazarus**, Direktor **Richter** ist Leiter des **Lazarus**, in dem Hoppe mehrere Monate untergebracht war. Er hebt hervor, daß er den Grundzügen der kommunistischen Partei nicht kundig sei. Da er in seinem **Lazarus** auf Ordnung gesehen habe, habe er sich sofort mit Hoppe persönlich in Verbindung gesetzt, weil er hörte, daß er kommunist sei. Er konnte damals sofort feststellen, daß Hoppe ein guter, weicherziger Mensch sei, der sehr schnell das Vertrauen seiner Kameraden gewann. Auch das Pflegepersonal wäre von Hoppe begeistert gewesen. Hoppe habe auf seine Kameraden einen günstigen Einfluß ausgeübt, er trauere Hoppe nicht zu, daß er sich an einer Gewalttat beteiligt hat.

Zeuge **Bischof** war Vormund des Zeugen **Toill** und bezeugt, daß Toill ihn niemals angelogen habe.

Nach der Mittagspause befindet der Zeuge **Erwin Thun**, daß Toill in seiner Wohnung die militärpolizeiliche Abteilung gegründet habe. Bei dieser Gelegenheit habe er auch die Verredigung der „schwarzen Schar“ vorgenommen. Toill hätte ihn auch aufgefordert, den **Faust** zu ermorden.

Der Zeuge **Schmidt** bezeugt, daß er von Toill aufgefordert worden sei, die **Behälter** auszuführen. Toill hat in einer

Verammlung gesagt, daß Eigentum Diebstahl sei, die Genossen sollten sich deshalb keine moralischen Bedenken machen, sondern immer nehmen, was zu nehmen sei. Der Zeuge erzählt dann weiter, daß Toill eines Tages mit einer Liste kam, auf der 20 Spindel verzeichnet waren, Toill verlangte, daß diese alle nach und nach um die Ecke gebracht werden.

Der Zeuge **Worms** soll nach Angaben des Toill der Bewußte „**Franz**“ sein. Er wird nochmals vorgeführt und Toill gegenübergestellt.

Der Angeklagte **Hoppe** bestätigt, daß das nicht der „**Franz**“ sei, den er kennen gelernt habe.

R. A. Weinberg stellt an Toill die Frage, ob er im August v. J. in der **Babstraße 4000** Markt beschlagnahmt und dafür eine Quittung ausgestellt habe. Zeuge: Nein. **R. A. Weinberg**: Sie können das auch unter Ihrem Eid aus sagen. Zeuge: Wenn ich das getan hätte, dann hätte ich meine vorgelegte Behörde davon in Kenntnis gesetzt. **R. A. Weinberg**: Ich könnte den Beweis dafür antreten, würde mich aber, um den Prozeß nicht in die Länge zu ziehen, damit begnügen, wenn der Zeuge erklärt, er verweigere die Aussage, weil er befürchtet, sich einer strafbaren Handlung schuldig gemacht zu haben. — Zeuge Toill: Dann verweigere ich darüber die Aussage. **R. A. Weinberg**: Das genügt uns. **R. A. Liebknecht**: In welchem Bureau ist der Zeuge Toill gegenwärtig tätig? Zeuge verweigert die Aussage. **R. A. Liebknecht**: Haben Sie für irgend eine Stelle oder Verdon eine provokatorische Tätigkeit innerhalb der **R. P. D.** ausgeübt? Toill: Nur ich diese Frage beantwortet? Nach Vernehmung durch den Staatsanwalt verweigert er darüber die Aussage. — **R. A. Liebknecht** verlangt Gerichtsbeschluß darüber, und gibt zur Begründung an, daß die Gefahr bestehe, daß diese Stelle, von der Toill die Aufträge zu all seinen Schändlichkeiten bekommen hat, auch den Auftrag zur Ermordung **Blaus** gegeben habe. Nach längerer Beratung verläßt der Vorsitzende, daß die Frage nicht zugelassen wird, da sie nicht zur Sache gehört. — Toill wird hierauf verurteilt. Damit ist die Zeugenvernehmung vorläufig abgeschlossen.

Die Sachverständigen-Gutachten.

Als erster Sachverständiger gibt **Herr Dr. Kronfeld** sein Gutachten ab. Dr. Kronfeld hat sich als **Psychiater** eingehend mit hypnotischen Fragen beschäftigt. Er macht weitgehende Ausführungen über die Beobachtungen, die er bei mehrfachen Untersuchungen bei dem Angeklagten **Hoppe** festgestellt hat. Er hätte eine zur Verblödung neigende Geisteskrankheit nicht feststellen können, so daß § 51 des **Str.-G.-B.** nicht herangezogen werden kann, der völlige Unzurechnungsfähigkeit verlangt. Dagegen ist feststehend, daß die Veranlagung **Hoppes** die Vermutung zulasse, daß bei gesteigerter Suggestivität die Tätigkeit zur Ueberlegung ausgeschaltet wird. Man müsse mithin verminderte **Zurechnungsfähigkeit** anerkennen, besonders wenn man bedenke, daß Hoppe unter dem Einfluß fremder Einwirkungen auf seine Handlungen keine feste Bestimmung darüber gehabt habe.

Betreffs des Angeklagten **Fichtmann** kommt der Sachverständige zu dem Schluß, daß dieser infolge erblicher Belastung in psychischer und physischer Beziehung, wenn auch nicht unzurechnungsfähig, so doch immerhin ein degenerierter Mensch sei.

Der nächste Sachverständige **Dr. Lehmann** bezeugt, daß bei **Fichtmann** § 51 nicht herangezogen werden könne, obwohl er dem **Fichtmann** eine gewisse Minderwertigkeit nicht abstreite. Bei dem Angeklagten **Hoppe** hält es der Sachverständige für angebracht, einen von Hoppe selbstgeschriebenen Lebenslauf zu lesen. Da dieser stillschweigend und sachlich sehr gut ausgebaut ist, zieht der Sachverständige daraus den Schluß, daß Hoppe ein sehr energischer Mann sei. Als alter Gefängnisarzt könne er sich dem Gutachten **Dr. Kronfelds** nicht anschließen, daß ein hypnotisch leicht zu beeinflussender Mensch auch sonst leicht zu beeinflussen sei. Er gebe zu, daß er in der modernen Literatur über hypnotische Fragen nicht bewandert sei, aber aus seiner Praxis wisse er, daß die Annahmen des Herrn **Vorgutachters** nicht zutreffend seien. Er könne nicht zugeben, daß im **Fall Hoppe** eine Willensbeeinträchtigung vorliegen kann.

Die Verhandlung wird hierauf auf **Sonntag** vor-mittags 9½ Uhr vertagt.

Freie Welt

Neues Heft

Der Marburger Studentenmord

Lenin über das Rätesystem

Arbeiter-Bücherei — Winke für die Hausfrau

Heft 60 Pfennig

Die schwere Stunde

Roman

Victor Panin

Im Kabinett, wohin ich lautlos, wie ein Dieb geschlichen bin, öffne ich hastig das Fenster und atme gierig die frische Luft der Herbstnacht ein. Es bläst ein starker Nordwind, der von Zeit zu Zeit während den nicht befestigten Fensterladen zuschlägt. Draußen herrscht eine undurchdringliche Finsternis, ich kann nichts unterscheiden, es brennen kaum ein paar Laternen auf der Straße. Die wunderlichen Silhouetten der in Dunkel gehüllten Häuser erscheinen geheimnisvoll und nächtlich rätselhaft. Und der Himmel über ihnen, das Dunkel der Erde widerspiegelnd, bedeckt sich mit dichten, schwarzen Wolken, und die beiden mächtigen Dunkelheiten verweisen sich vereinigend die Grenze zwischen Himmel und Erde.

Wie ist dies alles doch unerfreulich! Ich fühle sogar in der Natur ringsum eine besondere Feindseligkeit dem Menschen gegenüber... oder ist es meine eigene Erfindung? Sollte es bloß die Schöpfung meiner erregten Phantasie sein? Ich weiß es nicht.

Nachdem ich das Fenster geschlossen, setze ich mich an den Schreibtisch. Rechts steht eine Etage, die nur mit meinen eigenen Werken gefüllt ist... ihrer sind gerade zwölf. Jedes Mal, wenn ich das erste Exemplar vom Verleger erhielt, ließ ich daselbe in einen Prachtband binden; das war das Geschenk, das ich mir selber machte. Immer blühte ich mit Stolz auf diese Reihe von Büchern, wobei ich nur mir selbst diese Schwäche eingestand. Aber jetzt machen sie mir keine besondere Freude, und wie komisch es auch scheinen mag, dünkt es mich, als hätten auch diese Bücher sich verändert, als blühten sie mich mürrisch, ja feindselig an.

Ich strecke meine Hand aus, greife ohne hinzusehen, aufs Geratewohl nach einem Buch und öffne es ebenso blindlings.

„Bezaubert vom vollen Junimond liegt die Erde in Wonne getaucht, gleichsam von einem betäubenden Zauber

befangen. In der Ferne leuchtet das kleine Lichtlein des Nachtwächters und es scheint, als sei ein Stern vom Himmel herabgefallen und strahle dort, den Menschen den Weg erleuchtend. Nächtliche Stille herrscht ringsum, die wachsame Seele fühlt aber, daß diese Stille von Lauten erfüllt ist, von einem eigentümlich brodelnden Leben, voll Stimmen, Bewegungen, und es dünkt einem, als drehe sich alles dies in einer unsäglich, unermesslichen Harmonie, als bewege es sich, als strebe es, und suche schlichst nach etwas.

Am Ufer des schlummernden, breiten Flusses erheben sich die dunklen Silhouetten der Bäume und Sträucher, von Zeit zu Zeit dringt ein leises Lüftchen durch das Laub und die Zweige, diesen einen leisen Seufzer oder ein Flüstern entlockend. Dann stehen sie wieder regungslos in rätselhafter Mondschleimbefleuchtung gehüllt.

„Dem Jüngling ist es schweißig zumute, von dem Uebermaß der ihn bestürmenden Gefühle; mit seiner ganzen Seele mit seinem ganzen Wesen ist er mit dieser Natur verschmolzen, er fühlt jeden kleinsten Pulsschlag derselben und es scheint ihm, als sei das Leben so vielseitig und grenzenlos, daß es über die menschliche Kraft gehe, es zu umfassen. Er erhebt sich von der Bank, auf der er gesessen, und atmet mit geöffnetem Mund die frische Nachtluft ein und ist bereit, mit weit ausgebreiteten Armen die ganze Welt zu umfassen.

„Gott, warum sendest du so selten dem Menschen Glück?“ flüstert er. „Weshalb kann er nicht ewig in dieser Ekstase leben, in diesem seltsamen Zustand der Begeisterung? Dann würde vielleicht die ganze Welt von Engeln bewohnt sein.“

Und in der Ferne vernimmt er neue Laute, so leise und doch gleichzeitig so klingende.

Jetzt lese ich dieses und lächle ironisch dabei; wozu habe ich auch allen diesen weitschweifigen, idiotischen Unsinn zusammengeschrieben? Ich würde die Äpfel wie ein Mensch, der selbst nicht begreift, was er getan hat. Und doch ist es wahr, daß ich dies vor fünfzehn Jahren geschrieben und mich dabei an meinem eigenen Leben begeisterte, wie an meinen eigenen Handlungen.

Als ich die Ekstase des Jünglings nach seinem ersten Ruf beschrieb, meinte ich mich selber damit und damals küßte ich

meine jetzige Frau. Ha—ha—ha! Was für eine sinnlose Ironie des Schicksals! Was hat diese mit jener gemeinsam? Oder war es bloß eine Erfindung, ein Traum, eine freie Schöpfung der dichterischen Phantasie? Ganz mechanisch blättere ich einige Seiten weiter um und lese ebenso mechanisch:

„Sie ist schlank gebaut; wenn sie geht, so muß ich jedesmal an den Gang einer Gazelle denken. Der Ausdruck ihrer hellblauen Augen haftet oft zärtlich auf einem Menschen, daß man unwillkürlich vor Freude lachen möchte“...

Ich wende mich um und blicke auf das über meinem Schreibtisch hängende Porträt meiner Frau als junges Mädchen. Ja, es stimmt, dort schaut mich ein stolzes, selbstbewusstes junges Mädchen an; sie ist, was man so gewöhnlich ein hübsches Mädchen zu nennen pflegt. Ihre vollen Wangen und Lippen sind leicht geschwellt, als hätte sie kaum das Lachen zurück, als sei sie bereit, sofort auszuplayen und schallend loszulachen, ihr hübsches Köpfchen auf dem schlanken Hals ein wenig zurückgebend.

„Aber, wo ist sie hin?“ frage ich mich selbst, der ganzen Sinnlosigkeit meiner Frage vollkommen bewußt. „Sollte wirklich diese dicke, in Fett schwimmende Frau, mit den vollen herabhängenden Brüsten, die sich mir heute mit einem so unverhüllten Zynismus hinzugeben bereit war, dasselbe junge Mädchen sein?“

Verwundert schüttle ich den Kopf, wie ein Mensch, der zum ersten Male eine einfache Wahrheit erkennt, mit der er schon jahrelang, jahrzehntelang gelebt hatte.

Und jetzt wundere ich mich noch über eines: wie, habe ich früher diese Umwandlung nicht bemerkt? Oder habe ich sie gemerkt, ohne ihr jedoch Aufmerksamkeit zu schenken? Weshalb steht denn dann erst jetzt, nach dem fünfjährigen Kriege, alles dies in seiner ganzen unverhüllten, abstoßenden Nacktheit vor mir?

Mit beiden Händen befühle ich meinen Kopf, meine Schläfen, meine Stirn und denke:

„Man sagt, daß die Menschen vor dem Wahnsinn hellseherisch werden. Vielleicht...“

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung

a) betreffend das Ergebnis der Stadtverordnetenwahl in den Wahlkreisen I—VI,
b) betreffend das Ergebnis der Wahlen zu den Bezirksversammlungen in den Verwaltungsbezirken I—VI.

Gemäß §§ 29 Abs. 4 und 30 der Wahlordnung über die erstmaligen Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zu den Bezirksversammlungen der neuen Stadt-

gemeinde Berlin vom 7. Mai 1920 bringe ich hiermit das durch den gemeinsamen Kreiswahlausschuß festgestellte Ergebnis der Stadtverordnetenwahl in den Wahlkreisen I—VI und das durch den gemeinsamen Kreiswahlausschuß festgestellte Ergebnis der Wahlen zu den Bezirksversammlungen in den Verwaltungsbezirken I—VI am 20. Juni 1920 zur öffentlichen Kenntnis.

A. Stadtverordnetenwahl.

1. im Wahlkreise I.

Bezeichnung des Wahlvorschlages	Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlages	Zahl der Stadtverordnetenstimmen	Angültige Stimmen	Zahl der Reststimmen	Die entfallen auf den Stadtwahlvorschlages
Heimann	17 534	2	1	2 909	Heimann
Dr. Wehl	38 794	5	4	2 230	Dr. Wehl
von Oierke	60	—	1	59	von Oierke
Rüffer	15 038	2	6	408	Lübke
Merxen	9 897	1	—	2 585	Cassel-Dominicus
Lange	5 015	—	—	5 015	Dr. Lammerich
Albrecht	20 908	2	3	6 281	Rathilde Rischner
Müdel	4 472	—	3	4 469	Müller-Franken

Hiernach sind gewählt

vom Kreiswahlvorschlages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

- a) Stadtverordnete: 1. Heimann, Hugo, Stadtrat, Döberbergstr. 6. 2. Ritter, Adolf, Stadtrat, Reichsplatz 10.
b) Ersatzmänner: 1. Dr. Wiggold, Fritz, Reichsplatz 10. 2. Beyer, August, Reichsplatz 10.

vom Kreiswahlvorschlages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

- a) Stadtverordnete: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 3. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 4. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42.
b) Ersatzmänner: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 3. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 4. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Demokratischen Partei.

- a) Stadtverordnete: 1. Müller, Wilhelm, Ingenieur, Chausseestr. 42. 2. Müller, Wilhelm, Ingenieur, Chausseestr. 42.
b) Ersatzmänner: 1. Herr, Otto, Schulstr. 1. 2. Dr. Jander, Richard, Janderstr. 112b.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Demokratischen Partei.

- a) Stadtverordnete: 1. Merxen, Otto, Direktor, Köpplinger Str. 14.
b) Ersatzmänner: 1. Leopold, Johannes, Stadtrat, Reichsplatz 10.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Volkspartei.

- a) Stadtverordnete: 1. Kießel, August, Oberingenieur, Chausseestr. 7. 2. Prof. Dr. Tropp, Joh., Oberbauleiter, Jungfernstieg 2.
b) Ersatzmänner: 1. Dr. Sommerich, Kurt, Tierparkstr. 24. 2. Schalte, August, Oberbauleiter, Jungfernstieg 2.

2. im Wahlkreise II.

Bezeichnung des Wahlvorschlages	Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlages	Zahl der Stadtverordnetenstimmen	Angültige Stimmen	Zahl der Reststimmen	Die entfallen auf den Stadtwahlvorschlages
Heimann	16 171	2	1	1 546	Heimann
Dr. Wehl	41 102	5	4	4 542	Dr. Wehl
von Oierke	72	—	1	71	von Oierke
Dode	9 948	1	5	2 631	Cassel-Dominicus
Hohl	18 048	2	1	3 123	Lübke
Dr. Gahle	6 129	—	—	6 129	Dr. Lammerich
Beude	24 577	3	—	2 641	Rathilde Rischner
Holjamer	4 485	—	1	4 484	Müller-Franken

Hiernach sind gewählt

vom Kreiswahlvorschlages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

- a) Stadtverordnete: 1. Heimann, Hugo, Stadtrat, Döberbergstr. 6. 2. Schulte, Arthur, Oberbauleiter, Köpplinger Str. 4.
b) Ersatzmänner: 1. Wehpe, Julius, Reichsplatz 10. 2. Dr. Franke, Fritz, Reichsplatz 10.

vom Kreiswahlvorschlages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

- a) Stadtverordnete: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 3. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 4. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42.
b) Ersatzmänner: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 3. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 4. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Demokratischen Partei.

- a) Stadtverordnete: 1. Lenz, Heinrich, Geh. Justizrat, Friedrich-Wilhelm-Str. 10. 2. Lenz, Heinrich, Geh. Justizrat, Friedrich-Wilhelm-Str. 10.
b) Ersatzmänner: 1. Dr. Beyer, August, Dipl.-Ing., Döberbergstr. 6.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Demokratischen Partei.

- a) Stadtverordnete: 1. Wehl, Konstantin, Dommann a. D., Köpplinger Str. 35. 2. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.
b) Ersatzmänner: 1. Wehl, Konstantin, Dommann a. D., Köpplinger Str. 35. 2. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Volkspartei.

- a) Stadtverordnete: 1. Beude, Wilhelm, Stadtrat, Tierparkstr. 24. 2. Franz, Hermann, Kaufmann, Köpplinger Str. 36. 3. Prof. Dr. Tropp, Joh., Oberbauleiter, Jungfernstieg 2.
b) Ersatzmänner: 1. Kießel, August, Oberingenieur, Chausseestr. 7. 2. Schalte, August, Oberbauleiter, Jungfernstieg 2.

3. im Wahlkreise III.

Bezeichnung des Wahlvorschlages	Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlages	Zahl der Stadtverordnetenstimmen	Angültige Stimmen	Zahl der Reststimmen	Die entfallen auf den Stadtwahlvorschlages
Heimann	24 436	3	—	2 500	Heimann
Dr. Wehl	91 431	12	2	3 635	Dr. Wehl
Hausberg	5 742	—	1	5 741	Cassel-Dominicus
von Oierke	6	—	—	6	Lübke
Troll	11 810	1	3	4 495	Dr. Lammerich
Höfer	4 501	—	—	4 301	Rathilde Rischner
Tröpel	14 711	2	—	87	Müller-Franken
Herper	3 629	—	4	3 625	Müller-Franken

Hiernach sind gewählt

vom Kreiswahlvorschlages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

- a) Stadtverordnete: 1. Heimann, Hugo, Stadtrat, Döberbergstr. 6. 2. Hausberg, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 14. 3. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.
b) Ersatzmänner: 1. Wehl, Konstantin, Dommann a. D., Köpplinger Str. 35. 2. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.

vom Kreiswahlvorschlages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

- a) Stadtverordnete: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 3. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 4. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42.
b) Ersatzmänner: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 3. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 4. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Demokratischen Partei.

- a) Stadtverordnete: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 3. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 4. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42.
b) Ersatzmänner: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 3. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 4. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Nationalen Volkspartei.

- a) Stadtverordnete: 1. Troll, Alexander, Rektor, Schulstr. 100.
b) Ersatzmänner: 1. Schröder, Paul, Stadtrat, Köpplinger Str. 42.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Volkspartei.

- a) Stadtverordnete: 1. Tröpel, Wilhelm, Stadtrat, Köpplinger Str. 32. 2. Schalte, August, Oberbauleiter, Jungfernstieg 2.
b) Ersatzmänner: 1. Prof. Dr. Tropp, Joh., Oberbauleiter, Jungfernstieg 2. 2. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.

4. im Wahlkreise IV.

Bezeichnung des Wahlvorschlages	Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlages	Zahl der Stadtverordnetenstimmen	Angültige Stimmen	Zahl der Reststimmen	Die entfallen auf den Stadtwahlvorschlages
Dr. Wehl	60 484	8	—	1 988	Dr. Wehl
Heimann	25 893	3	2	3 955	Heimann
Filth	8 476	1	—	1 164	Cassel-Dominicus
Buchwig	14 531	1	3	7 216	Lübke
Dr. Lammerich	5 148	—	—	5 148	Dr. Lammerich
Strecker	17 854	2	2	3 228	Rathilde Rischner
Müdel	5 188	—	2	5 186	Müller-Franken

Hiernach sind gewählt

vom Kreiswahlvorschlages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

- a) Stadtverordnete: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 3. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 4. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42.
b) Ersatzmänner: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 3. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 4. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42.

vom Kreiswahlvorschlages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

- a) Stadtverordnete: 1. Heimann, Hugo, Stadtrat, Döberbergstr. 6. 2. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2. 3. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.
b) Ersatzmänner: 1. Wehl, Konstantin, Dommann a. D., Köpplinger Str. 35. 2. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Demokratischen Partei.

- a) Stadtverordnete: 1. Filth, Adolf, Lehrer, Köpplinger Str. 21. 2. Filth, Adolf, Lehrer, Köpplinger Str. 21.
b) Ersatzmänner: 1. Filth, Adolf, Lehrer, Köpplinger Str. 21. 2. Filth, Adolf, Lehrer, Köpplinger Str. 21.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Nationalen Volkspartei.

- a) Stadtverordnete: 1. Buchwig, Max, Oberbauleiter, Köpplinger Str. 10/11. 2. Buchwig, Max, Oberbauleiter, Köpplinger Str. 10/11.
b) Ersatzmänner: 1. Stagemann, Georg, Apotheker, Köpplinger Str. 17.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Volkspartei.

- a) Stadtverordnete: 1. Strecker, Georg, Stadtrat, Köpplinger Str. 100. 2. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.
b) Ersatzmänner: 1. Prof. Dr. Tropp, Joh., Oberbauleiter, Jungfernstieg 2. 2. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.

5. im Wahlkreise V.

Bezeichnung des Wahlvorschlages	Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlages	Zahl der Stadtverordnetenstimmen	Angültige Stimmen	Zahl der Reststimmen	Die entfallen auf den Stadtwahlvorschlages
Dr. Wehl	74 891	10	2	1 769	Dr. Wehl
Heimann	25 155	3	1	3 218	Heimann
von Oierke	5	—	—	5	von Oierke
Dr. Rosenthal	6 655	—	—	6 655	Cassel-Dominicus
Bege	12 247	1	3	4 932	Lübke
Riedel	6 333	—	—	6 333	Dr. Lammerich
Egner	17 350	2	—	2 726	Rathilde Rischner
Brinow	5 076	—	3	5 073	Müller-Franken

Hiernach sind gewählt

vom Kreiswahlvorschlages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

- a) Stadtverordnete: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 3. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 4. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42.
b) Ersatzmänner: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 3. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 4. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42.

vom Kreiswahlvorschlages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

- a) Stadtverordnete: 1. Heimann, Hugo, Stadtrat, Döberbergstr. 6. 2. Hausberg, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 14. 3. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.
b) Ersatzmänner: 1. Wehl, Konstantin, Dommann a. D., Köpplinger Str. 35. 2. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Demokratischen Partei.

- a) Stadtverordnete: 1. Bege, Fritz, Stadtrat, Köpplinger Str. 7. 2. Bege, Fritz, Stadtrat, Köpplinger Str. 7.
b) Ersatzmänner: 1. Bege, Fritz, Stadtrat, Köpplinger Str. 7. 2. Bege, Fritz, Stadtrat, Köpplinger Str. 7.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Nationalen Volkspartei.

- a) Stadtverordnete: 1. Egner, Georg, Stadtrat, Köpplinger Str. 33. 2. Schenker, Carl, Reichsanwaltschaftsrat, Köpplinger Str. 24.
b) Ersatzmänner: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Volkspartei.

- a) Stadtverordnete: 1. Heimann, Hugo, Stadtrat, Döberbergstr. 6. 2. Hausberg, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 14. 3. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.
b) Ersatzmänner: 1. Wehl, Konstantin, Dommann a. D., Köpplinger Str. 35. 2. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.

6. im Wahlkreise VI.

Bezeichnung des Wahlvorschlages	Gesamtstimmenzahl des Wahlvorschlages	Zahl der Stadtverordnetenstimmen	Angültige Stimmen	Zahl der Reststimmen	Die entfallen auf den Stadtwahlvorschlages
Heimann	52 617	4	2	3 367	Heimann
Braun	9 886	1	—	2 574	Cassel-Dominicus
Dr. Wehl	63 333	8	2	4 890	Dr. Wehl
von Oierke	14	—	—	14	von Oierke
Rimel	18 391	2	1	3 766	Lübke
Esters	6 639	—	—	6 639	Dr. Lammerich
Falkenleben	29 867	4	1	618	Rathilde Rischner
Deutscher	7 260	—	1	7 259	Müller-Franken

Hiernach sind gewählt

vom Kreiswahlvorschlages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

- a) Stadtverordnete: 1. Heimann, Hugo, Stadtrat, Döberbergstr. 6. 2. Hausberg, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 14. 3. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2. 4. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.
b) Ersatzmänner: 1. Dr. Wehl, Hermann, Regt. Köpplinger Str. 42. 2. Köpplinger, Otto, Geh. Justizrat, Köpplinger Str. 2.

vom Kreiswahlvorschlages der Deutschen Demokratischen Partei.

- a) Stadtverordnete: 1. Braun, Carl, Stadtrat, Köpplinger Str. 2. 2. Braun, Carl, Stadtrat, Köpplinger Str. 2.
b) Ersatzmänner: 1. Braun, Carl, Stadtrat, Köpplinger Str. 2. 2. Braun, Carl, Stadtrat, Köpplinger Str. 2.

(Fortsetzung umföhend.)